

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 52 SONNTAG, 10. Juni 1934

Aus dem Inhalt:

Hitler beschenkt Börseaner
Die Stimmung in Deutschland
Röhm in Ragusa
Kohlrübe, Papierhemd, Morgen-
trank

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Der Hitlertribut des deutschen Volkes

Das Ausmaß der Ausplünderung des deutschen Volkes für die Parteizwecke der Nationalsozialisten wird allmählich sichtbar. Es übertrifft alle Vermutungen und Berechnungen. Wir haben kürzlich die Kosten von SA, SS, Hitlerjugend und einigen ähnlichen Organisationen auf rund eine Milliarde Mark berechnet. Inzwischen läßt sich aus den Ansätzen des Reichshaushalts erkennen, daß Hitlers Privatarmee mit allen Nebenkosten etwa 600 Millionen Mark erfordert. Dabei sind die Kosten der politischen Organisation der NSDAP völlig außer Ansatz geblieben. Der Betrag von einer Milliarde Mark wird also weit übertroffen werden.

Auf welchem Wege wird diese Riesensumme — eine innere Reparationslast an die braunen Besatzungstruppen — aus dem Volke herausgezogen?

Einen Teil der Kosten trägt das Reich, einen anderen die Länder. Sie sind in den Etats versteckt. Wir haben ferner letzthin darauf hingewiesen, wie stark die NSDAP an den Aufrüstungsgewinnen beteiligt ist.

Jetzt liegen die Beweise dafür vor, daß auch die Gemeindefinanzen ausgeplündert werden.

Der preußische Minister des Innern hat einen Runderlaß über die finanziellen Leistungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden für die Partei und ihre Gliederungen herausgegeben. Der Runderlaß beschäftigt sich zunächst mit der Ueberlassung von Grundstücken, Gebäuden und beweglichen Gegenständen und fährt dann fort:

„Die Gewährung von Geldmitteln an Gliederungen der Partei ist insoweit zulässig, als diese unter Entlastung des Haushalts der Gemeinden Aufgaben erfüllen, die sonst von der Gemeinde selbst erfüllt oder anderen Stellen oder Personen bezahlt werden würden. Statthalter bleiben im Rahmen des unter Berücksichtigung der Finanzkraft der Gemeinde für solche Zwecke üblichen auch Zuwendungen aus Haushaltsansätzen für eine Beteiligung, deren lediglich finanzielle Förderung anerkanntermaßen zu den zemeindlichen Aufgaben gehört, z. B. für Aussetzung von Preisen bei sportlichen Veranstaltungen. Ebenso ist gegen die Zahlung von Entgelten für Leistungen in bestimmten Einzelfällen, wie z. B. bei Uebernahme des Flurschutzes, selbstverständlich nichts einzuwenden.“

Darüber hinaus gehört goldliche Unterstützung von Dienststellen der Partei, der SA, der SS und der anderen Gliederungen der Partei nicht zu den Aufgaben der Gemeindeverbände. Sie hat daher zu unterbleiben. Dazu gehört auch die Leistung eines einmaligen oder laufenden Beitrages zu Verwaltungskosten oder Gehältern, die unentgeltliche Ueberlassung von Holzmaterial, Betriebsstoffen für Kraftwagen, die Ueberlassung von Freifahrkarten, die Leistung von Fuhrten und dergl.

Entgegen diesen Richtlinien tatsächlich bereits verausgabte Mittel sind nicht zurückzufordern. Für die Zukunft hat diese Richtlinien widersprechende Ausgabe auch dann zu unterbleiben, wenn Einsetzung der Ausgabe in den Haushaltsplan bereits erfolgt ist.“

Die Gemeindehaushalte sind am Zusammenbrechen. Die Steuern werden erhöht, die Wohlfahrtsätze rigoros gekürzt. Jede öffentliche Kontrolle ist beseitigt. Die braunen Gemeindefinanzmannen tun, was sie wollen. Deshalb mußte also die Selbst-

verwaltung verschwinden, weil braune Bonzen die Gemeindekasse mit ihrer Partekasse verwechselt haben!

Es wird für jedes kommende neue Regime ein grauenhaftes Erbe sein, das das braune System hinterlassen wird — das Reich auf Jahre hinaus vorbelastet, die Gemeindefinanzen ruiniert. Wenn eines Tages die Rechnungen offen gelegt werden,

Die Opposition wächst

Göbbels Propagandamaschine versagt. Der Feldzug gegen die Miesmacher ist schon verloren. Die Versammlungen sind schlecht besucht, die Stimmung ist blau. Die Opposition geht bis tief in die Reihen der NSDAP und der SA. Gegen unfeugbare Tatsachen hilft keine Deklamation, kein Befehl und keine Regie.

Schon regt sich Kritik an Göbbels Propagandamethoden. Man wirft ihm vor, daß er die „Versammlungslawine“ gegen die Nörgler und Miesmacher gestartet hat. Es wäre besser gewesen — so sagen seine NSDAP-Kritiker — er hätte sie überhaupt nicht angefangen. Wenn die Propaganda nicht mehr zieht, versteht Göbbels die Welt nicht mehr.

Die Opposition wächst, und mit der Opposition die Gegenpropaganda. Wir können ermessen, daß allmählich der Bann zerbricht, den die braune Vernebelungspropaganda um das Volk gezogen hat.

Die Auflage des „Neuen Vorwärts“ steigt. Wir stellen fest, daß ein brennendes Interesse besteht, die Wahrheit über Deutschland zu hören. Wir verfügen über keinen Staatsapparat, nicht über ungezählte Millionen — aber unsere Propaganda wirkt; denn sie ist wahrhaftig.

Die braunen Lügen aber haben kurze Beine!

den, wenn das System bankrott macht, dann wird das Volk die braune Räuberbande verfluchen und der Sumpf der nationalsozialistischen Korruption wird gen Himmel stinken.

Ein Heer von Parasiten hat Deutschland überfallen und schmarotzt am Einkommen des immer ärmer werdenden Volkes!

Spitzelpest in England

Sie denunzieren sich gegenseitig.

„Daily Herald“, das große Londoner Arbeiterblatt, bringt Enthüllungen über eine geheime Nazispionage-Zentrale in England, die alle dort lebenden Deutschen unter ihre Beobachtung genommen hat. Die aufdringliche Tätigkeit dieser Organisation hat zahlreiche in England ansässige Deutsche veranlaßt, das dortige Innenministerium zum Schutz vor den aufdringlichen Spitzeln anzurufen. Auch Engländer sind vor Belästigungen durch diese Bande nicht sicher. Ihre besondere Aufmerksamkeit hat die Spitzelzentrale den Vertretern deutscher Firmen in England zugewandt, die nicht nur wegen ihrer politischen Haltung beunruhigt, sondern auch nach ihrer Abstammung untersucht werden. Ein Opfer dieser Art von Terrorismus wurde ein langjähriger Vertreter einer deutschen Firma in Liverpool, der Jude ist. Die Firma weigerte sich zunächst, den Mann zu entlassen, weil er ihr ausgezeichnete Dienste leistete, sie wurde aber durch massive Drohungen dennoch dazu gezwungen. Immerhin, bemerkt „Daily Herald“, fehlt es der Angelegenheit auch nicht an Humor, da sich neuerdings herausgestellt hat, daß zwei hervorragende Mitglieder der Organisation sich gegenseitig denunziert hatten. Jeder hatte nämlich den anderen bei der englischen Polizei als „gefährlichen Ausländer“ angezeigt, in der Absicht, dadurch die Ausweisung seines Konkurrenten herbeizuführen.

Matteotti

Zum zehnten Jahrestag seines Märtyrertodes

10. Juni 1924. Heute vor zehn Jahren erlag Matteotti den Streichen seiner faschistischen Mörder. Als man seinen erstellten Leichnam fand, schrie die Welt vor Entsetzen auf. Das schuldige System erlebte seine schwerste Krise.

Zehn Jahre sind seitdem vergangen. Der Faschismus hat die Krise überstanden und sich in der Macht befestigt. Nur in den Hütten der Armut lebt noch das Andenken des großen Märtyrers des italienischen Sozialismus. In den Palästen des Reichtums und der Macht plakatiert man mit den Mördern und huldigt ihnen.

Zehn Jahre sind vergangen. — O, ja, die Menschheit ist seitdem fortgeschritten! Soweit, daß man das Entsetzen, das die Welt damals wegen der Ermordung eines Sozialisten erfaßte, nicht mehr versteht. Hitler wird darüber lächeln, daß Mussolini wegen der Ermordung eines Marxisten in Bedrängnis geraten konnte. Stelling, Lessing, Fechenbach, Eggerstedt, hunderte andere weniger bekannte zu Tode gelottert, aus dem Hin-

terhalt gemeuchelt, „auf der Flucht erschossen“ — sie konnten die Sicherheit des Systems nicht stören. Der Gedanke an die grausam Ermordeten hat den Machthabern nicht die Ruhe einer einzigen Nacht gekostet. Daß Tote wieder auferstehen ist nur ein jüdisches Greuelmärchen, und die ewig muntere Propaganda preist das Land der frischen Gräber als ein Land des Lächelns.

Die Machthaber können es nicht wahr haben, daß ihre Opfer täglich auferstehen als Ankläger gegen sie. Die Matteotti, die Stelling, die Lessing, die Fechenbach und Eggerstedt, die Wallich und die Münchreiter, die Erstochenen und Zerschlagenen, die Erschossenen, Gehenkten, zu Tode Gemarterten werden nicht vergebens gestorben sein. Zehn Jahre sind ein unendlicher Zeitraum für ungeduldige Menschen, für die Weltgeschichte sind sie fast nichts. Die Weltgeschichte aber lehrt uns, daß es nie unnütz war, für das Recht zu kämpfen und für gerechte Vergeltung.

Der Tag wird kommen!

Ersatz, Ersatz!

Für uns in Deutschland beginnt jetzt eine neue Schlacht. Wir erschlagen nicht mehr die Arbeit mit der Arbeitsschlacht. Wir wollen auch nicht mehr siegreich Frankreich schlagen, sondern die neue Schlacht ist die Ersatz-Schlacht. Wir schlagen das Ausland, indem wir uns von der ausländischen Rohstoff-Einfuhr unabhängig machen. Unser Reichswirtschaftsminister Schmitt hat es schon gesagt: Wir werden aus der Not eine Tugend machen; nämlich aus der Devisennot die Tugend der kriegswirtschaftlichen Vorbereitung. Wenn das Ausland uns keine Rohstoffe auf Kredit liefern will, dann werden wir uns eben unsere Rohstoffe allein machen und die Welt wird das Nachsehen haben. Ersatz, Ersatz ist der neue Schlachtruf und in diesem Zeichen werden wir siegen.

Schon werden überall fieberhaft Anstrengungen zur Vorbereitung der Ersatz-Schlacht gemacht. Da sind zunächst die Erdölbohrungen in Hannover, in Baden und in manchen anderen Orten. Unter der Devise „los vom ausländischen Erdöl“, hat die Reichsregierung 5 Millionen Mark ausgeworfen für die Auffindung heimischer Oelquellen. Da sind weiter die Versuche, überhaupt vom Benzin-Motor loszukommen, und Automobile und Flugzeuge mit Dampf zu betreiben. Da sind weiter die Versuche, Deutschland von der ausländischen Baumwolle und Wolle unabhängig zu machen. In Zukunft soll nicht nur Kunstseide, sondern auch eine Baumwollfaser und sogar eine Wollfaser aus Holz hergestellt werden. Eine große Konjunktur für die chemische Industrie hebt an, Textil-Ersatzstoffe aus Holz zu gewinnen. Die Stapel-Faser, die Vistra und Wollstra werden bald für jeden Deutschen ebenso geläufige Begriffe sein wie Bembergseide!

Diese Textil-Ersatzstoffe werden zwar erheblich teurer und erheblich minderwertiger sein, aber wir werden uns daran erinnern, daß wir schon einmal in einer glorreichen Zeit schlechte Kleidung durch stramme Haltung ersetzt haben.

Welch neue ungeahnten Perspektiven eröffnen sich, wenn wir an diese Zeit zurückdenken! Schon geht die Reichsregierung damit um, einen Reichskommissar für die Verwendung von Rohstoffen einzusetzen. Wir beilen uns, im Schatz unserer Erinnerungen zu kramen und dem zukünftigen Herrn Reichskommissar einige Empfehlungen für die Ersatz-Schlacht gehorsamst zu unterbreiten. Da ist zunächst die Fettwirtschaft. Die Reichsregierung hat ja schon damit angefangen, die Bevölkerung planmäßig und systematisch auf die fettfreie Ernährung umzustellen. Der Fettplan der Reichsregierung, der seit einigen Monaten in Durchführung begriffen ist, hat schon den einen bemerkenswerten Erfolg gezeitigt, daß in den meisten Gegenden überhaupt keine Margarine oder nur noch hintenherum zu bekommen ist und daß wir z. B. aus Schlesien wissen, daß dort schon Margarine-Ersatz angeboten wird!

Wir empfehlen überhaupt, mit der fetthaltigen Ernährung radikal zu brechen. Unserer Auffassung nach muß die große Ersatz-Schlacht auf dem Gebiet der Ernährung beginnen mit einer gewaltigen

Ausdehnung der Anbaufläche für Kohlrüben. Fragt die deutsche Hausfrau und sie wird euch sagen, daß die Kohlrübe unstrittig das Gewächs mit der größten Verwendungsmöglichkeit ist. Denken wir noch an die herrliche Kohlrübenmarmelade, die wir mit Löffeln gegessen haben (weil wir nichts anderes hatten), erinnern wir uns, daß man Kohlrüben backen und braten, schmoren und dämpfen kann, daß man sie als Salat und Kompott servieren kann. Neben der Kohlrübe wollen wir aber auch den Kunstbrot nicht vergessen. Wenn wir schon von Brotaufstrich reden, dann wollen wir auch gleich an das Brot denken. Die Erfahrungen mit dem als Kriegsbrot bezeichneten Gemisch von Kleie und Kreidemehl waren noch nicht ganz zufriedenstellend. Wir brauchen ein Brot, von dem man noch wesentlich dünnere Scheiben abschneiden kann und das trotzdem noch länger und schwerer im Magen liegt. Wir können uns denken, daß das vielleicht dadurch erreicht wird, daß etwas mehr Kreidemehl und etwas weniger Kleie verarbeitet wird.

Selbstverständlich darf das Dörrgemüse unter unseren Vorschlägen nicht fehlen und ebenso wenig wollen wir darauf verzichten, in Zukunft statt der nervenzerrüttenden Kaffees den garantiert unschädlichen „Morgentrank“ auf unserem Frühstückstisch zu sehen. Es gab zwar Leute, die behaupteten, daß dieser Kaffee-Ersatz aus den eingesammelten Kartoffelschalen hergestellt worden sei, aber wir vertrauen hier voll und ganz auf die Fortschritte der deutschen Nahrungsmittel-Chemie. Aber nicht nur die Chemie, sondern auch der Industrie der Küchengeräte wird durch die Ersatz-Schlacht eine Fülle neuer Aufgaben erwachsen. Die Herstellung von Bratpfannen — vielleicht mit dem Bild des Führers — in denen man ohne Fett braten kann. Die Herstellung von Backformen, in denen man ohne Mehl backen kann, sind neue große Aufgaben der Arbeitsbeschaffung.

Wenn wir nun zum Gebiet der Bekleidung übergehen dürfen, so erlauben wir uns, die Kriegs-Stiefel in Erinnerung zu bringen und wir sind der festen Ueberzeugung, daß mit diesen Stiefeln — oben aus Pappe, unten aus Holz — der Marsch ins Dritte Reich dann noch ganz anders klappen wird. Da sind dann weiter die großen Vorzüge der Papierhemden. Man braucht sie gar nicht zu waschen! Und da wir gerade vom Waschen reden: das alltägliche Waschen wird zur großen Freude der Kinder überhaupt eingeschränkt werden, denn das Fett wird man dann wieder besser statt für Seife für die Margarine verwenden. Im Kriege gab es zwar Leute, die behaupteten, daß die Margarine nach Seife schmecke, aber das waren natürlich die Miessmacher und Kritiker, an deren Vorhandensein man ja erst eine große Zeit erkennt. Soweit Seife sich als unentbehrlich erweisen sollte, kann ihr Fettgehalt sicherlich durch Aufdruck eines Hakenkreuzes völlig ersetzt werden.

Wir wollen aber nicht nur von der ausländischen Baumwolle-, Woll- und Leder-Einfuhr frei werden, sondern auch von der Kautschuk-Einfuhr. Wie herrlich fuhr es sich doch damals auf Fahrrädern, die keine Gummibereifung hatten, sondern statt dessen einen Eisenreifen mit Spiralfedern. Wir fragen die Reichsregierung schließlich: Muß der deutsche Mann unbedingt ausländischen Tabak rauchen? Die Blätter der deutschen Eiche und der wilden Rose geben ein sehr reizvolles Tabakgemisch. Uns war damals als Jungens allerdings jämmerlich schlecht darnach, aber ohne Frage ist die heutige Jugend viel mehr abgehärtet.

Unsere Reichsregierung wird weiter wissen, daß man keine Ersatz-Schlacht schlagen kann, ohne das Kartonsystem wieder einzuführen und den Schleichhandel zu organisieren. Wir sprechen schon überall in Deutschland davon, daß die Reichsbank bereits Brotkarten auf Vorrat druckt und die Fettkarten haben wir ja schon.

Die Bezugsscheine für Kleidungsstücke und Wäsche sollen wir dann auch demnächst bekommen. Der Schleichhandel wird auf dem Gebiet der Fett- und Eier-Bewirtschaftung jedenfalls schon eifrig geübt. Margarine kann man nur noch bekommen, wenn man über gute Beziehungen zu seinem Kaufmann verfügt und frische Eier gibt es nur

Die Rettung vor dem Bolschewismus

Hitler vollbringt Wunder

V. Sch. Paris, 2. Juni.

Das Hauptverdienst Hitlers liegt ja bekanntlich darin, daß er Deutschland und damit die ganze Welt vor dem Bolschewismus gerettet hat. Er selber hat es so oft verkündet, daß er es schließlich vielleicht selber glaubt. Auch seine Emissäre im Auslande, vor allem der famose Alfred Rosenberg, haben hauptsächlich mit diesem Argument operiert, um die Sympathien der Welt für das Nazi-Regime zu gewinnen. Sie dachten, daß wenigstens die großkapitalistischen und kleinbürgerlichen Elemente des Auslandes auf diese Schwindelparole ebenso hereinfallen würden wie seinerzeit die entsprechenden Kreise in Deutschland, die es übrigens zum großen Teil heute schon am meisten bereuen.

Aber von einigen ultra-reaktionären Schichten vor allem in England abgesehen, hat von Anfang an niemand an diese Errettung vor dem Bolschewismus glauben wollen. Der Reichstagsbrandprozeß, der nach Görings Worten den Weltbolschewismus überhaupt unter vernichtende Anklage stellen sollte, hat mit einer förmlichen Apotheose für Dimitroff und seine Mitangeklagten geendet, und das abscheuliche Nachspiel der Nichtentlassung rechtsgültig Freigesprochenen hat nur das Ansehen der deutschen Gewalthaber draußen in der Welt noch tiefer sinken lassen: zumal ein Stürmchen der Sowjetregierung nach vollzogener Einbürgerung der drei Bulgaren genigte, um Hitler, Göring und Kumpanei zur panikartigen Kapitulation zu zwingen.

Anscheinend unbeherrschbar schickt sich die Nazi-Regierung an, durch einen Prozeß gegen Thälmann ihre Werbearbeit für den Bolschewismus womöglich noch zu steigern. Es ist kaum vorstellbar, daß das Dritte Reich, das eigens ein Propagandaministerium geschaffen hat, dessen Leiter Göbbels auch bei seinen Gegnern als über dem Durchschnitt geschickt und intelligent galt, geradezu alles tut, um Sympathien für den Bolschewismus in der Welt zu wecken!

Ziehen wir einmal die außenpolitische Bilanz dieses nationalsozialistischen Kreuzzuges gegen Moskau. Die Sowjet-Regierung kann wahrhaftig zufrieden sein. Sie hat innerhalb eines Jahres mehr erreicht, als sie es in ihren kühnsten Träumen innerhalb eines viel längeren Zeitraumes selbst für möglich halten konnte.

Vor einem Jahre geschah es, daß auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz seligen Angedenkens Herr Hugenberg (ebenfalls seligen Angedenkens), um sich bei Hitler besonders Lobkind zu machen, die Ideen des Alfred Rosenberg zu Papier brachte und ein famoseres Memorandum überreichte, in dem er die Welt zur Aufteilung der USSR unter hitlerdeutscher Führung förmlich einlud. Daß dieses großartige Schriftstück innerhalb von 24 Stunden panikartig zurückgezogen wurde, schaffte die Tatsache dieser Selbstenthüllung nicht aus der Welt. Die Antwort folgte schlagartig: Noch während der Londoner Konferenz schloß Rußland mit seinen sämtlichen europäischen und asiatischen Nachbarn Nichtangriffsverträge von einer viel präziseren Art als alle ähnlichen Abkommen, die bisher in der Welt bestanden. Dies war übrigens das einzige positive Ergebnis der Londoner Welttagung, und es war zufällig gerade die Sowjetunion, die den Hauptnutzen davon zog.

So begann also der von Hitler verkündete internationale Kreuzzug gegen den Bolschewismus!

Der nächste Schritt war von noch viel größerer Tragweite: während Deutschland dem ebenso gemeingefährlichen wie romantischen Ziel eines Bündnisses zwischen der

außerhalb der staatlichen Eierbewirtschaftung. Bei der Margarine wird auch schon das Schlangestehen vor den Kaufläden trainiert und die Beteiligung an den zahlreichen öffentlichen Feiern ist ebenfalls dafür eine gute Vorübung. Es heißt sogar, daß die Stimmung bei diesen Veranstaltungen schon ebenso gedrückt ist wie in den Lebensmittelschlängen im Kriege. Allerdingens wird man die Devise für die deutsche Frau etwas ändern müssen: statt wie bisher zu sagen: „Die deutsche Frau gehört an den Kochtopf“, wird man wohl künftig sagen müssen: „Die deutsche Frau gehört auf die Straße“. Aber das wird unserem Göbbels gar keine Schwierigkeiten machen, wie wir denn überhaupt zu der weitsichtigen Erziehungsarbeit, die der Führer am deut-

nordisch-germanischen und der gelben Rasse nachlagte, die, wenigstens in ihrem japanischen Teil, plötzlich für ebenbürtig erklärt wurde, vollzog Rußland einen unvergleichlich konkreteren und wertvolleren Schritt: es erreichte seine Anerkennung durch die Vereinigten Staaten, mit denen es sofort seine wirtschaftlichen Beziehungen sehr stark entwickelt hat. Zweiter Erfolg der hitlerischen Kreuzzugparole...

Unterdessen wurde aber eine andere Sache eingeleitet, deren Bedeutung wahrscheinlich alles andere, was Moskau auf dem Gebiet der Weltpolitik seit Jahren unternommen hat, in den Schatten stellt. Während Göbbels durch Bestechung einiger obskurer Pariser Blätter der Illusion nachjagte, Frankreich für die Aufrüstung des Dritten Reiches zu gewinnen, und während von Papen sich einbildete, daß seine verwandtschaftlichen und schwerindustriellen Beziehungen es ihm ermöglichen würden, seine und Reichbergs alten Pläne eines Bündnisses mit Frankreich gegen das bolschewistische Rußland wieder aufzunehmen, reiste Herriot nach Moskau, halb privat, halb amtlich und entwarf die Grundlagen einer engen diplomatischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Sowjetunion.

Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund kam diesen Bestrebungen, die zunächst auf starken Widerstand auch in Frankreich selbst gestoßen waren, außerordentlich zugute. Die Flugreise des Luftfahrtministers Pierre Cot, der mit der Mitteilung zurückkehrte, daß die Sowjetunion bereits fünfmal so viel Kriegsmaschinen besitzt als Frankreich, trug dazu bei, die reaktionär-kapitalistischen Widerstände gegen eine pro-russische Orientierung der französischen Außenpolitik schnell zu überwinden. Der französische Generalstab, der in der Tat eine Zeit lang, vor allem zu Schleichers Zeiten, einem Akkord mit Deutschland keineswegs abgeneigt war und der alles eher dem kommunistenfreundlich ist, gab nunmehr sein Votum zugunsten der Herriotschen Vorschläge ab.

Barthou, sicher kein Mann der Linken, aber einer der klügsten Köpfe Frankreichs, hatte es nunmehr nicht mehr schwer, ganz Frankreich von der Notwendigkeit zu überzeugen, alte Ressentiments zu begraben und sich von jetzt ab auf eine Politik der intimen Zusammenarbeit mit Moskau einzustellen. Warschauer Bedenken verstand er zu zerstreuen. Die Wilhelmstraße, die auf die alte Russenfeindlichkeit Pilsudskis spekulierte, dürfte seit der Polenreise Barthous um eine Illusion ärmer geworden sein. Mussolini, der zwar die Kommunisten im eigenen Lande ebenso rücksichtslos verfolgt wie Hitler, aber zu klug ist, um wie sein deutscher Affe sich als Weltretter vor dem Bolschewismus zu empfehlen, war mit dieser Neuorientierung Frankreichs um so eher einverstanden, als er seit den Nazitrefbereien in Oesterreich und neuerdings auf dem Balkan von Hitler ziemlich kuriert zu sein scheint. Die neuesten Freundschaftsangebote der Wilhelmstraße und ihrer Rosenbergischen Filiale im Hotel Adlon in Belgrad und Bukarest werden Mussolini bestimmt nicht veranlassen, Deutschland nachzulaufen. Zumal er neuerdings sehr froh ist, daß ihm in seiner Finanznot die Banque de France tatkräftig unter die Arme greift.

Für die Sowjetregierung war also die Machtergreifung Hitlers und besonders sein „heroischer“ Entschluß, Völkerbund und Abrüstungskonferenz zu verlassen, ein Himmelsgeschenk. Heute steht die Partie so, daß, wenn Litwinoff es nur will, er mit ebensolchem Jubel im Völkerbund begrüßt werden wird wie einst Stresemann als Vertreter des demo-

kratischen Deutschland vor acht Jahren. Derweilen Deutschland draußen ist und nur zu gern die heroische Geste vom vergangenen Herbst ungeschehen sein ließe!

Es war Litwinoff, der jetzt in Genf die Dinge beim rechten Namen nannte, als er feststellte, daß das Regimewechsel in gewissen Ländern, d. h. in Deutschland, die Lösung der Sicherheitsfrage vor der Abrüstungsfrage erforderlich mache. Früher war das fast ausschließlich Frankreichs These in Genf, und auch uns, die wir nicht glauben konnten, daß unser Land eines Tages dem politischen Wahlsinn verfallen würde, erschien sie unberechtigt. Jetzt wird Frankreichs Sicherheitsforderung von dem anderen großen Nachbarn Hitler-Deutschlands übernommen. Und niemand wagt mehr, zu widersprechen. Da soll einer noch bestreiten, daß Hitler wahr Wunder vollbracht...

Ist die Welt nicht fürchtbar undankbar? Hitler hat sie vor dem Bolschewismus gerettet und man sollte meinen, daß sie diese Großtat belohnen würde. Statt dessen läßt sie ihn links liegen und sucht die Freundschaft dieses Ungehobenen. Im Mythos des XX. Jahrhunderts vor J. C. wirft sich die Andromeda ganz selbstverständlich dem Perseus in die Arme, als er sie davor errettet hat, vom Monstrum verschlungen zu werden. Im Mythos des XX. Jahrhunderts Rosenbergscher Aera lacht die Andromeda den Perseus aus und treibt Sodomie mit dem Drachen Bolschew!

Im Lande Paul von Hindenburgs hat man für solche Undankbarkeit natürlich kein Verständnis.

niemand will sie

In der Zeitschrift „Deutsches Volkstum“, die von Stapel in Hamburg herausgegeben wird, beschwört sich eine Nationalsozialistin bitter darüber, daß gerade die treuesten und bravsten Hitlerken, die aus dem BDM (Bund Deutscher Mädchen) so wenig geachtet werden. Es heißt da:

Es ist eine bittere Wahrheit — diese Mädchen können, bei stärkstem Willen, nicht allein die neue Volksordnung bauen. Sie können nicht neue Maßstäbe geben, die für das Ganze verpflichtend sind, solange ihre Haltung dauernd diffamiert wird. Diffamiert durch die ganz einfache, nüchterne Tatsache, daß gerade diese Mädchen in unendlich vielen Fällen das Schicksal der Ehelosigkeit zu tragen haben. Und wenn man die Frage nach den entsprechenden Männern stellt, so wird man durch hundertfache Erfahrung belehrt, daß immer wieder ein Krieger und eine Gans zusammenfinden.

Die Hitlermädchen haben es wirklich schwer! Marschieren sie nicht im BDM, so will die Regierung nichts von ihnen wissen; marschieren sie im BDM, so wollen die Männer nichts von ihnen wissen; wollen die Männer nichts von ihnen wissen, so bekommen sie keine Kinder; bekommen sie keine Kinder, so will wiederum die Regierung nichts von ihnen wissen... Was sollen sie tun?

Niemand will sie

Amputiertes Hirn

Die „Deutsche Juristenzeitung“, Berlin, eine der angesehensten juristischen Fachzeitschriften, stößt folgenden SOS-Ruf aus:

Jedenfalls steht unsere Reichsgesetzgebung vor einer Aufgabe, wie sie gewaltiger kaum zu denken und wie sie nur in vielen Jahren zu bewältigen ist. Diese Aufgabe, auf die der Reichsjustizkommissar Frank oft genug hinweist, übersehen die, die geringe Kenntnisse mit viel Redeeifer vereinen. Dem Malkäfer in der Zigarrenkiste erscheint die Welt vermutlich klein und einfach. Den Bilderstürmern vergleichbar, möchten diese Herren am liebsten jede Rechtswissenschaft beseitigen. Kommentare und Lehrbücher vernichten, der Rechtskunde das Hirn amputieren. Möchte doch die von oben ergehende Mahnung einmal Frucht tragen, erst einmal zu arbeiten und die nötigen Kenntnisse zu erwerben! Das Reden und Schreiben wirkt dann überzeugender.

Im Gegenteil! Im Dritten Reich wirkt nichts so überzeugend wie die von keinerlei Sachkenntnis beschwerte Maulaufreißerei. Wenn die Hakenkreuzherde für Vernunftgründe zugänglich wäre — das ganze Dritte Reich wäre niemals ausgebrochen.

Ein wenig umständlich!

„Zuerst müssen die neuen Menschen geboren und gebildet werden, muß die nationalsozialistische Weltanschauung ihnen im Blute liegen, bevor sie aus sich heraus im Sinne der neuen Gemeinschaft schöpferisch gestalten können.“ (Max Wegner im „Völkischen Beobachter“.)

Herr Hitler wird, so hoffen wir, nicht so lange Zeit haben, bis seine Barbaren den „neuen Menschen im Blute liegen“ wird. Sie liegt heute schon zu vielen im Magen!

Heil Hitler!

Der fortgezauberte Mehrwert

Theoretische Nebel um die Ausbeuterdiktatur

In der bürgerlichen Oekonomie haben sich immer Pseudowissenschaften gefunden, die sich bemüht haben, die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft zu verdunkeln. Sie haben Ideologie statt Erkenntnis gegeben, Ethik dort, wo es geht, ökonomische Kategorien zu unterscheiden. Marx zerriß den Schleier des Geheimnisses, der die kapitalistische Produktion umgab und hellte ihre dunkelsten Zusammenhänge auf. Aber das hat die Kapitalisten und ihren pseudowissenschaftlichen Anhang auch viel später nicht gehindert, Marxens Ergebnisse zu ignorieren und die Praxis der ethisch-ideologischen Vernebelung fortzusetzen. Im Dritten Reich hat sich diese Richtung in der „Normativen Betriebswirtschaftslehre“ ein theoretisches Fundament gegeben. Es ist auch danach — was aber nicht verhindert hat, daß die Lehre im nationalsozialistischen Staat zu einer wissenschaftlichen Wirtschaftswissenschaft erhoben worden ist. Vor einiger Zeit wurden durch den Deutschlandsende einige der „theoretischen Erkenntnisse“ dieser normativen Betriebswirtschaftslehre an die Massen des Volkes herangebracht. Sie erläutern:

„Die normative Betriebswirtschaftslehre fußt auf dem deutschen Idealismus, insbesondere auf der Idee der Pflicht und der Gemeinschaft... Aus dem Gemeinschaftsgedanken heraus, der in ihr lebendig ist, wachsen die Normen, die sie setzt, und die ethischen Forderungen, die sie stellt. Die wichtigste ist: handle pflichtbewußt als „Glieder der Gemeinschaft.“

Die normative Betriebswirtschaftslehre „fußt“ schon damit völlig in der Luft! So wenig die Klassen, Klasseninteressen und Klassenkämpfe, die jede, auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln ruhende Gesellschaft spalten, durch den Marxismus geschaffen worden sind, so wenig werden sie durch die normative Betriebswirtschaftslehre beseitigt! Die normative Betriebswirtschaftslehre will zeigen:

„wie in den Betrieben der Zweck — und der kann in einer arbeitsteiligen Wirtschaft nur die Bereitstellung von Gütern für die Bedarfsdeckung sein — so für die Bedarfsdeckung erreicht wird. Dies vollkommen wie möglich erreicht wird, aber ist ein Wirtschaftlichkeitsproblem. Je größer die Wirtschaftlichkeit in den Betriebsprozessen ist, desto besser ist die Bedarfsdeckung der Bevölkerung. Das Wirtschaftlichkeitsprinzip ist es, das durch die normative Betriebswirtschaftslehre an die Stelle des alten Gewinnprinzips gesetzt wird, das heißt, das Wirtschaftlichkeitsprinzip wird das Leitprinzip für jede wirtschaftliche Betätigung.“

Kein Kapitalist steckt sein Kapital in ein Unternehmen oder in einen Betrieb aus Sorge, daß die Gesellschaft Mangel leiden könne an Gütern, die sie zur Bedarfsdeckung nötig hat! Er investiert sein Kapital nur, damit es ihm Profit bringt. Es gibt zwar genügend Lehren, die beweisen wollen, daß Kapitalinvestition die ethischen Motive entspringt, aber — ohne Profit raucht kein Schornstein! Der Zweck, den der Kapitalist erreichen will, ist der Mehrwert, zu dem er nur durch den Produktionsprozeß kommen kann. Hätte er die Möglichkeit, sein Kapital als neues Kapital erzeugendes außerhalb der Produktionssphäre anlegen zu können, so würde er es tun, und sich gar kein Gewissen daraus machen, daß er dadurch nicht der „Bereitstellung von Gütern für die Bedarfsdeckung“ dient. Er dirigiert sein Kapital in jene Produktionssphären, die ihm die größten Chancen für die rascheste Vermehrung bieten und verzichtet darauf, vorher nachzuforschen, ob die in ihr zu erzeugenden Waren die für die Bedarfsdeckung nötigsten sind. Bedingt ferner die „größere Wirtschaftlichkeit des Betriebsprozesses“ wirklich eine bessere Bedarfsdeckung? Nun, die Wirtschaftlichkeit hatte gerade in Deutschland nach der Rationalisierung einen hohen Grad erreicht. Sie ist selbst in der Krise im allgemeinen noch vorhanden. Aber die Bedarfsdeckung der Bevölkerung wurde damals nicht besser, und sie ist seither immer schlechter geworden! In den fünfzehn Monaten nationalsozialistischer Herrschaft ist es, wie die Umsatzziffern der Warenhäuser und des Einzelhandels zeigen, damit weiter bergab gegangen.

Es ist klar: die Wirtschaftlichkeit des Betriebsprozesses sichert nicht die Bedarfsdeckung der Volksmassen, denn diese „Wirtschaftlichkeit“ kommt in der kapitalistischen Produktion eben ausschließlich dem Kapitalisten zugute. Für ihn ist diese Wirtschaftlichkeit umgeschämelter, ja wahrscheinlich sogar erhöhter Mehrwert, während der Arbeiter nur noch selten in Form höherer Löhne etwas davon merkt, dafür aber immer mehr auch in „Wirtschaftlichkeitsperioden“ als Kurzarbeiter oder Arbeitsloser der Verelendung anheim fällt.

Diese Tatsache, die in unseren Tagen selbst jeder Laie in Wirtschaftsfragen mit den Händen greifen kann, existiert nicht für die Wissenschaftler der normativen Betriebswirtschaftslehre. Sie darf für sie nicht existieren, soll ihre Theorie nicht, bevor sie kunstvoll aufgerichtet ist, einen tödlichen Unfall erleiden.

Wenn man frohlich statt der Wirklichkeit die Phantasie walten läßt, den Kapitalisten nicht mehr als Kapitalisten sieht, sondern als „ein Organ der Unternehmung, wenn auch das führende —“, dann allerdings kann man den Mehrwert des Unternehmers hinwegzaubern, um dafür das „Ergebnis der betrieblichen Arbeit, den Ertrag“ zum Vorschein bringen.

„... an der Ertragserzielung sind alle Mitglieder der Betriebsgemeinschaft — der Unternehmer, die Angestellten und die Arbeiter — beteiligt. Folglich muß nach der Meinung der normativen Betriebswirtschaftslehre als Ertrag der betrieblichen Arbeit der Gegenwart für die Leistung aller Mitarbeiter im Betrieb gekennzeichnet werden.“

Klar ausgedrückt: Unternehmergewinn und Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten — sie sind nach dieser Lehre der „Ertrag der betrieblichen Arbeit“. Der Mehrwert, den der Kapitalist erzielt, wird gleichgesetzt dem Lohn des Arbeiters! Dieser Dreh öffnet das Tor zu ungeahnten Möglichkeiten. Die Löhne sind nicht mehr Produktionskosten, die menschliche Arbeitskraft ist keine Ware.

„die man kauft wie Rohstoffe oder Hilfsstoffe. Arbeitskraft wird nicht gekauft, sondern von allen Betriebsangehörigen gemeinsam eingesetzt für die Erreichung des gleichen betrieblichen Zweckes und mit einem Anspruch an die Gesamtleistung des Betriebes, der der Leistung des Einzelnen für das Ganze entspricht.“

So ist von dem Arbeiter, ohne daß sich an dem privatkapitalistischen System der Produktionswirtschaft auch nur ein Jota geändert hat, über Nacht die Lohnnechtschaft genommen! Er ist durch das Wunder der normativen Betriebswirtschaftslehre kein ausgebeuteter, besitzloser Proletarier mehr, sondern er ist im Produktionsprozeß dem Kapitalisten gleichgestellt. Er hat sogar Ansprüche „an das Ergebnis der betrieblichen Arbeit, wenn dieses

so hoch ist, daß die Unternehmung fähig ist, Lohnergänzungen zu leisten und ein kausaler Zusammenhang zwischen Forderung nach Lohnerrhöhung und dem erzielten Ertrage besteht... Natürlich muß zunächst ein angemessenes Entgelt für die Unternehmerleistung abgezweigt werden, bevor Lohnkorrekturen in Frage kommen können, an denen im übrigen der Unternehmer genau so teil hat wie die übrigen Glieder der Betriebsgemeinschaft.

Von diesen Lohnkorrekturen war in dem Rundfunkgespräch nur im Sinne von Lohnergänzungen die Rede. Das ist verständlich. Aber ebenso sich ist, daß, wenn sie Anwendung finden, sie meistens als Lohnreduzierungen in Erscheinung treten werden. Der Unternehmer wird daraus die Berechtigung ableiten, Lohnreduzierungen auch mit rückwirkender Kraft durchzuführen, wenn sich „auf Grund der Rechnung“ eine unzureichende Größe des Ertrages herausstellen sollte!

Doch wie und von wem wird diese Rechnung zur Ermittlung des „gerechten Lohnes“ und der „gerechten Ertragsverteilung“ gemacht? Die normative Betriebswirtschaftslehre antwortet darauf:

„Eine gerechte Ertragsverteilung ist ein außerordentlich schwieriges Problem, schwierig insbesondere wegen seines Charakters als Zurechnungsproblem. Es gibt keinen exakten Schlüssel für die gerechte Verteilung des Ertrages auf die Produktionsfaktoren, auf alle Empfangsberechtigten, auf alle die, die mittätig waren bei der Ertragserzielung. Da die genaue Rechnung die Schwierigkeiten der Ertragsverteilung nicht lösen kann, muß unsere Frage gelöst werden durch das Gewissen derer, die diesen Ausgleich in der Praxis zu finden haben.“

Das aber sind keine anderen als die kapitalistischen Unternehmer, deren Alleingewalt in den Betrieben die Nationalsozialisten durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit hundertprozentig hergestellt haben! Statt einer Lohntheorie ein Appell an — das Gewissen der Ausbeuter!

Es entpuppt sich diese normative Betriebs-

wirtschaftslehre bei näherer Untersuchung als ein jämmerlicher Hokusokus, das den Massen der Proletarier das Wesen des privatkapitalistischen Systems verschleiern soll. Das Wesen des Kapitalismus aber ist noch immer so wie es war, und wird nicht anders dadurch, daß man den Dingen verschleiern Namen gibt!

Solange die kapitalistische Warenproduktion besteht, die der heutigen Gesellschaft ihren Charakter aufprägt, werden sich zwei Klassen einander gegenüberstellen: die Kapitalbesitzer, die mit ihrem Gelde alle Produktionsmittel, Rohstoffe, Maschinen, Grund und Boden, Fabriken, kurz alles, was zur Produktion erforderlich ist, kaufen können, und die Arbeiter, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft, die in der kapitalistischen Produktion ebenso Ware ist wie andere Waren, die in sie eingehen. Diese Ware Arbeitskraft müssen die von allem Besitz entblößten Proletarier verkaufen, wenn sie leben wollen. Der Kapitalist braucht zu den Rohstoffen, den Maschinen usw. die menschliche Arbeitskraft, die allein neue Werte erzeugen kann. Er kauft sie für die Reproduktionskosten. Der Arbeiter schafft darüber hinaus Mehrwert.

Dieser Mehrwert ist es, auf den es der Kapitalist abgesehen hat. Für ihn stellt sich der ganze Produktionsprozeß dar als eine atomlose Jagd nach Mehrwert, der wieder zu Kapital wird, das wieder neues Kapital erzeugen muß. Kein Kapitalist kann sich davon ausschließen, keiner aus „Gerechtigkeitsgründen“ auf den Mehrwert verzichten, wenn er nicht im Konkurrenzkampf unterliegen will.

Die Aneignung des Mehrwertes durch die Kapitalisten ist die Ausbeutung der Arbeiter. Diese Ausbeutung ist der Motor des Klassenkampfes der Kapitalisten gegen die Arbeiter. Es ist eine andere Leistung von Karl Marx daß er den Arbeitern mit der Enthüllung ihrer Ausbeutung zugleich die Methoden aufzeigte, mit denen sie die Ausbeutung, den Kapitalismus überwinden können.

Aber eben das ist es, was ihnen die kapitalistischen Preisfechter vom Schlage der Anhänger der normativen Betriebswirtschaftslehre unmöglich machen wollen. Die politischen Ökonomen der Nationalsozialisten werden es indessen nicht verhindern können, daß die Marxsche Wert- und Mehrwerttheorie als geistiges Rüstzeug einer sich befreienden Klasse weiterwirkt! Sie wird der Arbeiterschaft ein besserer Kompaß sein als das „Gewissen“ der Thyssen, Krupp und Kompagnie!

Hitler beschenkt Börseaner

150 Millionen Mark für die übelsten Spekulanten!

Viel, sehr viel durfte man den Nationalsozialisten zutrauen, aber daß sie, die Streiter gegen die Bank- und Börsenfürsten, die Vorkämpfer gegen die Börsenspekulanten, aus freien Stücken und ohne Not den Börseanern und Spekulanten rund 150 Millionen Mark auf Kosten der Allgemeinheit zuschanzen würden, das übersteigt doch wirklich alles. Die nationalsozialistische Wirklichkeit übertrifft jede Satire!

Als die durch die Inflation wertlos gewordenen deutschen Anleihen auf etwa ein Drittel ihres Betrages aufgewertet wurden, wollte man mit Recht die Spekulanten, die in Erwartung einer Aufwertung Anleihen zu minimalen Kursen aufgekauft hatten, von der Neuregelung ausschließen, um ihnen unberechtigte Spekulationsgewinne unmöglich zu machen. Man unterschied also den Altspekulant derjenigen, die vor und während des Krieges die Anleihen zu ihrem vollen Wert mit vollwertigem Gelde erworben hatten, von dem Neubesitzer, der die entwerteten Papiere für ein paar Pfennige an sich gebracht hatte. Dieser Besitz wurde nicht aufgewertet, sondern in sogenannte Neubesitzanleihe umgetauscht, die unverzinslich war und erst nach Erlöschen aller Reparationsverpflichtungen eine Verzinsung erhalten sollte. Zu den Reparationsverpflichtungen gehören aber auch die Zinsleistungen für die Dawes- und Young-Anleihen, die noch Jahrzehnte lang laufen. Ein solches Papier hatte natürlich von Anfang an einen geringen Wert. Daß es überhaupt Käufer fand, erklärt sich vor allem aus der Hoffnung gewisser Börsenkreise, es würde ihrem politischen Einfluß einmal doch gelingen, eine Regierung zu einer neuen, für sie günstigen Regelung zu gewinnen. Bei allen neuen Kabinettsbildungen stellten sich auch regelmäßig Vertreter der Börsen- und Bankwelt ein, um darzulegen, daß es — natürlich nur im Interesse der Kreditfähigkeit des Reiches — notwendig sei, ein vom Reiche emittiertes Papier mit so niedrigem Kursstand aus dem Verkehr zu ziehen und es in eine echte verzinsliche Anleihe umzuwandeln. Denn der Kurs dieses an sich in der Tat fast wertlosen Titels bewegte sich in den

letzten Jahren zwischen 5 Prozent und 7 Prozent, zeitweilig noch darunter. Je nachdem, ob die Spekulanten glaubten, daß ihren Bemühungen Erfolg beschieden würde, stiegen die Umsätze und die Kurse. Aber im alten „System“ hatten sie kein Glück. Alle Finanzminister blieben hart, den optimistischen Börsenspekulanten folgte bald das offizielle Dementi und die Neubesitzanleihe fiel unter 5 Prozent.

Unter Hitler geschah das Wunder! Vom Sommer 1933 ab gingen die Kurse in die Höhe, erst langsam von 7 auf 10 und 11 Prozent, dann aber immer rascher auf 17 und 18 Prozent.

Das Finanzministerium hüllte sich in Schweigen. Immer bestimmter wurden die Meldungen, daß eine günstige Neuregelung von der Hitler-Regierung mit Sicherheit zu erwarten sei. Diesmal erfolgte kein Dementi. Die Spekulation nahm großen Umfang an, riesige Gewinne wurden erzielt und der Kurs stieg weiter an. Am 31. März 1934 erreichte er 22,85 Prozent und am 5. April mit 23,80 Prozent den Höchststand. Dann schienen Baissiers ungünstige Gerüchte ausgestreut zu haben: die Kurse gingen zurück und standen am 30. Mai auf 17,60 Prozent.

Und jetzt kam die angenehme Ueberraschung. Die Reichsregierung legt eine neue vierprozentige Anleihe auf, die in 10 Jahren getilgt wird. Der Zeichnungskurs beträgt 95 Prozent. Die Tilgung erfolgt, solange der Paristand noch nicht erreicht ist, durch Rückkauf auf offenem Markt. Die dadurch erzielte Differenz fällt aber nicht dem Reich zu, sondern wird als zusätzlicher Zins an die Anleihebesitzer ausgeschüttet, womit der in der Finanzgeschichte wohl einzig dastehende Fall gegeben ist, daß die Besitzer, die die Anleihe dauernd behalten wollen, an einem niedrigen Kursstand interessiert sind. Denn je niedriger der Kurs, desto höher der Tilgungsgewinn, der ihnen als zusätzlicher Zins zufließt. Bei einem Kursstand von 95 errechnet sich ein Zinssatz von 5,175 Prozent, bei einem Kurs von 90 — und das Sinken ist heute das Wahrscheinlichere — würde sich ein zusätzlicher Zins von 2 Prozent ergeben.

In diese Anleihe soll zunächst die 6prozentige steuerfreie Anleihe von 1929 konvertiert werden. Da diese nur 160 Millionen beträgt, so handelt es sich um eine wenig bedeutende Aktion. Sie wird um so eher gelingen, als den Umtauschenden pro 100 Mark 5 Mark in bar vergütet werden.

Das geradezu Sensationellste ist aber, daß die Neubesitzanleihe ebenfalls in die neue Reichsanleihe umgetauscht werden kann. Und zwar können je 300 RM. Nominal mit einer Barzahlung von 23,75 RM. in 100 RM. der neuen Anleihe umgewandelt werden. Mit anderen Worten: 100 RM. Neubesitz werden zu 23,75 Prozent angerechnet, zum höchsten spekulativen Kurs, den das Papier je verzeichnet hat! Die Spekulanten, die das Papier größtenteils mit 5 und 6 Prozent gekauft haben, sehen plötzlich ihren Besitz vervierfacht. Heißt ein Geschäft — Heil Hitler!

Für das Reich freilich sieht das anders aus. Es muß für ca. 600 Millionen eines zinslosen und deshalb wertlosen Titels, der bisher für das Reich keine Belastung darstellte, ca. 200 Millionen der über 5 Prozent kostenden neuen Anleihe geben, für die es nur 47 1/2 Millionen RM. in bar erhält.

Ueber 150 Millionen und die Zinslast für 10 Jahre sind ein glattes Geschenk an die Spekulanten! Was jeder „Systemregler“ bisher als unannehmbare Zumutung ersah, der Hitler tut's, er hat's ja dazu — und wenn schon nicht das Geld, so doch die Gewissenlosigkeit.

Aber für was für Trottel muß er seine Anhänger halten! Dem Thyssen wird der Reichsbesitz an Stahlverein kostenlos überantwortet, den Großgrundbesitzern die Millionensubsidien der Osthilfe und die Milliarden der Agrarpolitik, die Landarbeiter werden zu Hörigen degradiert und der Freizügigkeit beraubt, und jetzt werden den übelsten Börsenspekulanten Millionengewinne zugeschanzt. Das blutigste Regime ist doch zugleich immer auch das schmutzigste!

Dr. Richard K...

Das „Dritte Reich“ auf Reisen

(Brief vom Balkan)

„Armes Deutschland“, das ist der Stößel, der sich einem täglich entringt, wenn man durch den Balkan fährt. Auf Schritt und Tritt verfolgt einem die Nazipropaganda. Aber gibt es denn im Auswärtigen Amt in Berlin keine vernünftige Seele, die den Herren Hitler und Göbbels sagt, daß es unnütz hinausgeworfenes Geld ist? Und wo sind die deutschen Gesandten und Diplomaten auf dem Balkan, daß sie ohne Widerspruch dieses Spiel gewähren lassen? Gibt es eine kläglichere Rolle als die, zu der heute diese amtlichen Würdenträger und Vertreter des Deutschen Reiches gezwungen und erniedrigt sind?

Es ist selbstverständlich, daß jede Regierung und deren Diplomatie versucht, ihre Interessensphäre auf andere Länder auszuweiten. Takt, Feingefühl und unermüdlige Geduld sowie das Einfühlen in die Psyche und Lage anderer Völker sind die Voraussetzungen, wenn auch nur die Vorbedingungen eines Erfolges gegeben sein sollen. Wir können erst verstehen, daß das „Dritte Reich“ seinen Einfluß auf den Balkan ausdehnen möchte. Die Art jedoch, wie es versucht wird, ist derart abstoßend, daß Berlin nur das Gegenteil erreicht. Zwei Beispiele:

Ein deutscher Minister, Herr Röhm, wird „zur Erholung“ nach Dalmatien geschickt. Er vollbringt seine diskrete Aufgabe so geschickt, daß die deutsche Gesandtschaft in Belgrad genötigt wird, um Schlimmeres zu verhüten, eine Erklärung zu veröffentlichen, wonach Herr Minister Röhm „nur ganz privat“ seinen Urlaub in Dalmatien verbringen wolle. Der mit Lautsprecher von Röhm angekündigte Besuch in der Landeshauptstadt muß unterbleiben. Erste Niederlage!

Röhm in Ragusa.

Herr Röhm weilt in Ragusa. Noch in Monaten wird er das Gesprächsthema der Bevölkerung und der Fremden bleiben. Da ist zunächst seine Ankunft! Wie eine kalte Dusche kam es über die Bewohner, als der Hitlerminister und sein Gefolge in einem in Brioni gemieteten italienischen Flugzeug ankamen. Es war ein Faustschlag gegen die Gefühle der Dalmatiner. Zweitens, dieses Gefolge! Mit neun Jünglingen landete der Stabschef der deutschen SA. Die Bewohner von Ragusa wissen von ihnen einiges zu erzählen. Wer es hören will, braucht sich nur in den Kneipen und Kaffeehäusern und im Hotel „Imperial“ zu erkundigen. Seit 1914 hat dieses vornehmste und teuerste Haus keine so guten Geschäfte gemacht, als zur Zeit da Röhm und sein Gefolge dort gewohnt haben. Mit vollen Händen wurde das Geld zum Fenster hinausgeworfen und die Trinkgelder waren mehr als fürstlich. Und doch hat das Hotel aufzuatmen, als die Herren wieder draußen waren. An jedem Morgen schliefen die verschiedenen Herren ihren Rausch bis in den Mittag aus, und es kam vor, daß amtliche Besucher stundenlang warten mußten, bis der hohe Stabschef zum Vorschein kam.

Auch die Geschäftsleute hatten gute Tage. In einzelnen Läden wurden Zehntausende von Dinar für Tand und Nichtigkeiten ausgegeben. Antiquitäten und Landstrachen wurden gekauft, ausgerechnet in dem einzigen jüdischen Antiquitätengeschäft, bei Herrn Landau. In der einzigen jüdischen Drogerie von Ragusa, bei Herrn Berner, kauften Röhm und seine Jünglinge für achtausend Dinar Eau de Cologne, Lippenstifte und Puder! Als Herr Berner Herrn Röhm darauf aufmerksam machte, er kaufe in einem jüdischen Geschäft, wurde der SA-Chef verlegen. Dann aber meinte er gefaßt: „Das schadet nichts!“ Dafür entschädigten sich nachmittags seine Jünglinge im Kaffeehaus an einer jüdischen Dame, bei der sie mit den Worten Platz nahmen: „Nicht wahr, sie können auch keine Juden leiden!“ Was sich sonst noch zugezogen, steht in der Skandalchronik Ragusas.

Es folgte die Abreise von Röhm und die Flugzeugeinladung an die jugoslawischen Journalisten. Sechshundredig sollten nach Deutschland kommen. Mit ganzen elf Mann mußte der „Hindenburg“ aus Belgrad abziehen. Einige von ihnen sind Gelegenheitsjournalisten. In Deutschland wurden sie im Triumph gezeigt, als Beweis für die „Eroberung des Balkans“. Weil aber der Sprecher dieser Gäste im Namen der „jugoslawischen Journalisten“ Reden gehalten hatte, wurde er nachträglich von der Zentrale der jugoslawischen Journalistenvereinigungen öffentlich desavouiert. Man mag dem deutschen Publikum Sand in die Augen streuen, es mag auch in Jugoslawien viele geben, die ein System nach Hitlerart und den Antisemitismus für ihr Land nützlich halten. Von da aber bis zur Liebe für das „Dritte Reich“ ist eine

himmelweite Entfernung. Die jugoslawische Intelligenz vor allem ist in ihrer übergroßen Mehrheit hitlerfeindlich. Jene Journalisten, die ihre nach Deutschland gefahrenen Kollegen öffentlich und scharf desavouiert haben, beziehen sich ausdrücklich auf die Behandlung, die den linksgerichteten und hitlergegnerrischen deutschen Journalisten und Publizisten im Dritten Reich zuteil geworden ist. Wie stehen sie jetzt da, die deutschen gleichgeschalteten Publizisten und Wissenschaftler?

Göring — ganz privat.

Fall zwei, Herr Göring! „Ganz privat“, wie sein Kollege Röhm, hat der General und Ministerpräsident seinen Pfingsturlaub auf dem Balkan verbracht. Belgrad, Athen, Sofia und Budapest waren im Programm vorgesehen. Soviel Programm-Nummern, soviele Nietens!

„Ganz privat“ wurden in Belgrad die Redaktionen, die offiziellen und inoffiziellen Stellen durch die deutsche Gesandtschaft benachrichtigt, daß der Herr Ministerpräsident Göring auf dem Flugplatz landen werde. Die Reporter waren da, der Kommandant des Flughafens und selbstverständlich der deutsche Botschafter. Die jugoslawische Regierung ließ ihre Anstandspflicht durch einen Attache erfüllen. Göring war wütend. Es blieb ihm jedoch nichts übrig, als gute Miene zu machen und die vorbereitete Rede vom Stapel zu lassen. Wer kennt nicht diesen überheblichen Käseherrenhohn, mit dem sich die feinen großen Herren bei festlichen Gelegenheiten zu den Kleinen herablassen! In der gleichen, durch und durch beleidigend wirkenden Art, lobte der Gewaltige das jugoslawische Volk und seinen Flughafen. Alle Welt merkte die Absicht und wurde verstimmt. Noch verstimmter, als Herr Göring groß ankündigte, er sei gekommen, um den „ersten Jugoslawen“, den König, und die Minister kennen zu lernen. Er hat sie nicht kennen gelernt. Nicht den König und nicht die Minister! Anstandshalber empfing ihn der kluge Außenminister Jevtic in seinem Amt, für zehn Minuten. Das war alles. Darauf begehrte Göring den im gleichen Gebäude sitzenden Ministerpräsidenten zu sprechen. Der ließ sich entschuldigen, er sei gerade in einer wichtigen Sitzung.

Am Abend gab die deutsche Botschaft ein großes Diner. Sämtliche Minister waren eingeladen. Nicht ein einziger ist erschienen. Der Zorn des Gewaltigen aus Deutschland war so groß, daß dem von der jugoslawischen Regierung als Aushilfsgast delegierte Ministergehilfe seine Einladung so spät von der deutschen Gesandtschaft zugesandt wurde, daß auch dieser ausblieb. Die jugoslawischen Minister aber saßen am gleichen Abend an der Festtafel, die die Stadt Belgrad zu Ehren des Vorsitzenden des Pariser Gemeinderates und einiger Pariser Stadtverordneten gegeben hatte. Gewiß, dieses französische Programm war älter als das des Herrn Göring. Daß aber nicht ein einziger Minister zu Herrn Göring gesandt wurde, beweist die völlige Taktlosigkeit der Nazideutschen, und zweitens, die völlige diplomatische und politische Unwissenheit über die wahre Lage auf dem Balkan.

Ausgerechnet dieser Göring, dessen Reichstagsprozeß und dessen Auftreten gegen den bei den Südslawen geradezu zum Volkshelden gewordenen Angeklagten Dimitroff von niemand vergessen ist. Wie ein rotes Tuch wirkt heute noch dieser Göring auch in Jugoslawien. Wer hat ihm und seinen Begleitern geraten, am nächsten Tag in Nazi-

uniform durch die Straßen von Belgrad zu paradien? Wo wäre er hingekommen, wenn ihn nicht ein Polizeiaufgebot auf Schritt und Tritt bewacht hätte? Die Studenten, die ihn in einem Lokal zornentbrannt beschimpft und ausgepöfien haben, waren nur der allgemeine Ausdruck der Volksstimmung. In Athen ist es nicht anders gewesen. Dort wurden der deutschen Gesandtschaft während des Besuches von Herrn Göring die Fensterscheiben eingeworfen. Auf Sofia wurde verzichtet, und in Budapest fragten die Zeitungen höhnisch, wie sich denn eine Freundschaft mit Ungarn und zugleich ein Liebeswerben mit Jugoslawien vertragen und zusammenreime?

Zwischen sämtlichen Stühlen.

Das Gleiche fragen sich aber auch die Jugoslawen. Mit Zuckerbrot und Peitsche glauben die Hitler, Göring, Röhm und Göbbels die Balkanstaaten zu ihren Vasallen machen zu können. Es fehlt ihnen selbst die leiseste Ahnung von dem Balkan und den Balkanvölkern. Sie haben nicht die geringste Vorstellung von den Interessensphären und außenpolitischen Bedingungen und Notwendigkeiten, in die diese Staaten verflochten sind. Sie ahnen nichts von der Mißachtung und dem Mißtrauen gegenüber Nazideutschland. Nachdem es sich bei den Großen unmöglich gemacht hat, will es die kleinen Staaten mit Gewalt an seinen Busen drücken, auch wenn man ihre Bewohner in den offiziellen Büchern eines Hitler oder Rosenberg und in den Schulen als Angehörige „minderwertiger Rassen“ und als „Balkanbastarden“ bezeichnet.

Gewiß! Jugoslawien hat mit Hitlerdeutschland einen für sich sehr günstigen Handelsvertrag abgeschlossen, und die Balkanstaaten wollen in Ruhe und Frieden mit Deutschland leben. Sie erkennen aber auch zu gleicher Zeit die Unruhe und Gefahr, in die dieses Hitlerdeutschland ganz Europa gestürzt hat. Sie wittern, daß sie für dieses Hitlerdeutschland als Objekt seiner Außenpolitik gerade gut genug sein sollen: eine Außenpolitik, die gestern mit Mussolini gegen Jugoslawien, heute mit Jugoslawien gegen Italien und morgen gegen Frankreich gehen soll. Heute mit Athen und Rom gegen Belgrad, morgen mit Athen und Belgrad gegen Rom; ein unentwirrbarer Knäuel von Dummheit, Unwissenheit, Ungeschick und Taktlosigkeit. Ein Krampf, wie er beispiellos ist in der Geschichte der Diplomatie. In seinem kläglichen Bemühen, das französische Bündnisystem im Südosten Europas zu sprengen und Mussolini durch erpresserische Manöver wieder an die Seite Hitlers zu zwingen, werden die Röhm und Göring auf den Balkan geschickt und Millionen für Propaganda vergeudet, nutzlos und zwecklos. Selbst die Kongonoger schreien, wir wollen keine Nazi sein!

Das Dritte Reich will auf dem Balkan das Kunststück vorführen, wie einer auf allen Hochzeiten zu gleicher Zeit sein kann. Dabei dürfte sich herausstellen, daß dieses Hitlerdeutschland an keiner teilnehmen wird. Herr Göring hätte nur den „Manchester Guardian“ vom 16. Mai zu lesen brauchen, in dem ein Interview eines Sonderberichterstatters mit dem König von Jugoslawien veröffentlicht war und in dem es klar und deutlich hieß: „Frankreich und die Kleine Entente sind unsere Verbündeten. Ihnen bleiben wir treu!“ B. Kutscher.

Was denn, Krischan?

Ehm Welks Artikel „Herr Reichsminister — ein Wort bitte!“, in dem im Vertrauen auf Göbbels Aufforderung, offener zu schreiben, gegen die Gleichschaltung der Presse vorsichtig polemisiert worden war, hatte der „Grünen Post“ ein mehrmonatiges Verbot gebracht, das erst in diesen Tagen auf vier Wochen abgekürzt worden ist, dem Verfasser, der es in anständiger Naivität gewagt hatte, den Reichspropagandaminister ernst zu nehmen, führten seine Zeilen zuerst ins Konzentrationslager, dann wurde ihm die Existenz nicht nur bei Ullstein zerbrochen, sondern sein Namen aus der Berufsliste der Redakteure gestrichen, so daß er auch bei keiner andern reichsdeutschen Zeitung mehr mitarbeiten kann. Kein unverdienter Schicksal, denn es gibt ein Maß von Vertrauensseligkeit und Kurzsichtigkeit, das sträflich ist.

Trotzdem verdient der Fall Ehm Welk neuerlicher Würdigung, denn allmählich sickern Einzelheiten durch, die nicht wegen des betroffenen Redakteurs, der nur

einer von vielen ist, sondern wegen der Blöße des Systems Erwähnung verdienen.

Es steht nunmehr fest, daß der Artikel Ehm Welks vor der Veröffentlichung dem Reichspropagandaministerium vorgelegt und dort die ausdrückliche Genehmigung der in Frage kommenden Referenten gelunden hatte.

Der Ullsteinverlag hatte auch alle Ursache, vorsichtig zu sein, denn er war schon mit Görings Fliegererinnerungen so böse hereingefallen, die die Litfaßsäulen wochenlang angekündigt hatten, ohne daß Herr Göring sich entrüstete, und die schließlich doch nicht erschienen konnten, weil Herr Amann vom Verlag Franz Eher für den „Illustrierten Beobachter“ Krach machte und die Schwenkung Görings erzwang.

Aber das muß erzählt werden. Amann war im Kriege Hitlers Kompagniefeldwebel, ein längerdienender Unteroffizier, jetzt ist er Direktor des Verlages, dessen An-

teilnahme Hitler gehört. Als solcher ist Amann auch Reichsführer der deutschen Verleger und ihr Sprecher in allen Berufsrufen. Dem im Verlage Eher erscheinenden „Illustrierten Beobachter“ — auch der „Völkische Beobachter“ erscheint dort und auch „Mein Kampf“ ist im Eherverlag erschienen — war die Reklame, die Ullstein mit Görings Fliegererinnerungen machte, sehr unangenehm, sie mußte zu einer Stärkung der Konkurrenz führen und damit Hitlers Geldbeutel schädigen. Für Amann war es nicht schwer zu siegen...

Ullstein hatte mit dem Pourlemeriteflieger Lörzer, einem Kameraden Görings in der Richthofenstaffel, — heute ebenfalls hoher Nazifunktionär bei der deutschen Luftaufrüstung — einen Vertrag wegen dieser Erinnerungen abgeschlossen und Lörzer als Honorar gegen Quittung 10.000 Reichsmark ausbezahlt; denn Lörzer war im Besitz der Unterlagen für diesen nationalsozialistischen Reifer. Lörzer besorgte auch alle nötigen Genehmigungen und auch die Erlaubnis zu einem großen Reklamefeldzug. So sang denn Ullstein an die Litfaßsäulen.

Als Göring umfiel und die Veröffentlichung verbot, wagte Ullstein Widerspruch. Der Verlag verwies auf die Verhandlungen Lörzers, auf die Zustimmung der Referenten und so weiter, doch auf einmal hießen alle Hase und auch Lörzer wollte es nicht gewesen sein. Ullstein hätte bloß die Zehntausendmarkquittung auf den Tisch zu legen brauchen, um alle Lügner Lügen zu strafen, doch das traute sich der politische Leiter des Verlages, Dr. Eduard Stadler, nicht, denn er fürchtete das Konzentrationslager. So mußte sich der Ullsteinverlag von Göring noch als Judenverlag beschimpfen lassen und — Stadler mußte trotzdem gehen. Hell erstrahlte am Abend am Hause des Beobachter-Verlages die Lichtreklame „Lest den „Illustrierten Beobachter“!

Daran dachte Ullstein, bevor Ehm Welk seinen Artikel bringen durfte. Ein eigenes Aktenstück wurde angelegt, in dem genau verzeichnet stand, mit wem und wann wegen des Artikels im Propagandaministerium verhandelt wurde, über jede Unterredung — und es waren mehrere nötig — wurde sofort eine eingehende Darstellung angefertigt, kurz, Ullstein glaubte sich sicher, als er die Genehmigung erhalten hatte. Trotzdem schlug der Blitz ein.

Herr Göbbels kümmerte sich keinen Deut um seine Referenten, die übrigens auch wieder samt und sonders den Namen Haso angenommen hatten, in solcher Einnütigkeit, daß Ullstein sogar darauf verzichtete, mit seinem Aktenstück besonders aufzutrompfen... Göbbels gab auch nicht viel Erklärungen ab, es hieß bloß: widerliche Anbiederung... Und wieder freute sich die nationalsozialistische Konkurrenz, die „Braune Post“ hatte einen billigen Sieg errungen.

Schließlich aber wurde doch bekannt, was Herr Göbbels so in Harnisch gebracht hatte. Das war nämlich gar nicht der Artikel Ehm Welks, trotzdem ihm dieser auch sehr ungelogen kam, sondern ein Witz, der die zweite Seite der „Grünen Post“ zierte und in seiner Zweideutigkeit so vielsagend war, daß Göbbels nicht wagte, ihn als Begründung für das Verbot zu nehmen. Er hätte die Lacher gegen sich gehabt, um so mehr als völlig im Dunkeln blieb, wer der Urheber dieser messerscharfen Satire war.

Dieses Bild prangte mit dem folgenden Text in der „Grünen Post“:



Karl: „Wenn das so weitergeht mit dem 1. Mai — Krischan: „Mensch, Karl, pass —“ Karl: „Was denn, Krischan? Wenn das so weitergeht mit der Natur, dann haben wir das nächste Mal um diese Zeit schon Deppel an den Bäumen!“

Diese Mutige Verhöhnung des nationalsozialistischen 1. Mai und der deutliche Hinweis darauf, daß vielleicht am nächsten 1. Mai Hitlers Herrlichkeit zu Ende sein könnte, und dazu das alles auch noch im harmlos dummbäuerlichen Gewande, so daß Göbbels dagegen schlecht angehen konnte, schlug dem Faß den Boden aus. Die „Grüne Post“ wurde verboten und ihr Chefredakteur geächtet.

Doch Krischan versteht!

Die Stimmung in Deutschland

Bericht von einer Reise

Die Aufregung würgt mir im Hals, als ich die Grenze überschreite. Gestern spürte ich bei dem Gedanken an diesen Augenblick noch Angst vor dem Feind da drinnen, heute beherrscht mich nur das Gefühl: ich sehe die Heimat wieder, geliebt auch in ihrer Schändung, das Volk mit dem wir gelebt, für das wir immer gearbeitet haben, für das wir noch arbeiten, dem all unser Denken in der Fremde gilt. Ich bin nach der Grenze nur noch Neugierde und Spannung. Ich gehe in das besetzte Abteil, aber niemand spricht. Ich gebe mir viel Mühe, sie zum reden zu bringen, aber vor- sichtlich gleiten sie vom Thema, dem einzigen Thema, das uns interessiert, zu gleichgültigem ab. Niemand öffnet sich. So ist es auch nach einiger Zeit schwer, sich ein Bild zu machen.

Es gibt in Deutschland nicht nur keine öffentliche Meinung, es gibt auch keine Gruppenmeinung mehr. Das Individuum ist vereinzelt, denkt und urteilt für sich. Das gilt selbst für die Mitglieder der NSDAP. Die Zwangszusammenfassung in einer Organisation bedeutet in Wahrheit eine Atomisierung der politischen Beurteilung und Gesinnung. Nur ganz wenige haben die Möglichkeit der Information über die politische und wirtschaftliche Lage. Das Gemeinsame ist der Gleichakt der Beine, die Unkenntnis, der Mangel an politischem Willen und vielfach auch der Mangel an Charakter.

Die totale Organisation

Man darf sich keine der nationalsozialistischen Organisationen als eine geistige Kampftruppe vorstellen. Nicht einmal die Partei ist eine solche. Auch in ihr sind Hunderttausende, die um des Vorteils willen noch rechtzeitig eingetreten sind. Einer der wenigen, die ich zum Sprechen gebracht habe, ein Pg., sagte mir: „Ich bin eingetreten, weil es für meine jüdische Firma gut ist.“ Geistiges Leben hat die Partei nicht. Die Pgs. werden so wenig über politische Tatsachen in Kenntnis gesetzt wie die anderen Deutschen. Die Partei veranstaltet nur selten Mitgliederversammlungen, bei denen genau überwacht wird, wer teilnimmt, aber keiner reden darf; in der Hauptsache arbeitet sie nach wie vor mit Kundgebungen und Festen. Auch hier fürchtet einer den anderen und wagt keiner einen Vorschlag oder eine Meinungsäußerung. Auch die Pgs. dürfen nur tuscheln. Darauf beruht die Macht der Führer.

Das gilt heute alles für die SS, die SA, die NSDO, und die HJ. Beamte, Aerzte, Juristen, Studierende müssen kraft Gesetz in die SA. Andere gehen hinein, um befördert zu werden. Manchmal wählen sie den Eintritt in die SS, wie man früher die Kavallerie der Infanterie vorzog. Will der höhere Schüler ein Examen machen, so muß er in die HJ oder die SA. Die Struktur der SA ist ja auch dadurch verändert, daß die alten Kämpfer in den Betrieben untergekommen sind und nun nicht mehr Berufsoffiziere sind, an ihre Stelle sind jüngere getreten, die den politischen Kampf nicht mehr mitgemacht haben. Das Hauptkontingent der SA stellen Berufstätige, die jede Woche einen Abend und Sonntag morgens Dienst tun müssen. So ist die SA aus einer politischen Garde zu einer Miliz geworden, die militärisch schult.

Die anderen Organisationen, wie Nationalsozialistischer Beamtenbund, Lehrerbund, Juristenbund, NS-Hugo, Kulturkammer, Arbeitsfront umfassen alle Berufsangehörige, und sind so erst recht keine Organisation einheitlicher nationalsozialistischer Gesinnung.

Jeder Deutsche, der Arbeit finden, Kunden, Patienten, Klienten haben, befördert werden, der ein Siedlungshaus oder eine Werkswohnung oder ein Ehestandsdarlehen, der gesellig leben, Theater und Feste besuchen, seine Kinder wandern lassen will, muß in eine dieser Organisationen oder in die SA eintreten, und die Hakenkreuzfahne hissen. Wie oft hört man: der ist ganz dagegen, aber man muß doch, und da ist er oben eingetreten: dieser lehnt den Antisemitismus, jener die Unkultur ab, aber dabei sind sie alle. Ein Schwabe hat das mir gegenüber treffend in der deutlichen Sprache seines Landes zusammengefaßt: alle s Schiß.

Die Mitglieder dieser Organisationen müssen deren Versammlungen regelmäßig besuchen. Sie haben dort die Beine zu werfen oder die übliche Nazireden zu hören und zu schweigen. Das Gegenteil zu tun ist nicht immer der Freiheit, stets der Stellung gefährlich. Leide

sagt man dem besten Freunde nach einer Fachtagung, daß man noch nie so einen Blödsinn gehört hat, laut sagt man Heil Hitler. So haben die Führer dieser Organisation uneingeschränkte Macht, aber die Organisationen sind keine politischen Zentren, sie dienen dazu, die Flugsamkeit der einzelnen zu registrieren, Beiträge zu erheben, die den „alten Kämpfern“ Einnahmen verschaffen.

Die Mitglieder können nur für sich einzeln zu dem Gehörten, zum ganzen Nazistaat Stellung nehmen, sie können sich nicht politisch aussprechen. Sie wissen nichts, sie werden überhaupt nicht wahr und sachlich informiert. Auch sie erleben die wirtschaftlichen Tatsachen

oder Schmitt, aber nicht auf das System. Wenn allgemein Hitler von dem Schimpfen ausgenommen wird, so ist das eben ein Zeichen dafür, daß der Nationalsozialismus als politische Idee noch nicht zur allgemeinen Kritik steht. Die bewußten Gegner des Regimes aus allen früheren politischen Lagern bilden natürlich eine Ausnahme. Aber sie sind isoliert und gehemmt durch den Terror und noch durch einen Faktor, der zu den besten Stützen des Nationalsozialismus gehört: die Jugend.

Die Jugend

Die Jugend ist nach wie vor für das System: das Neue: das Exerzieren, die Unifor-

denken sie. Die neue Jugend hat nie viel für Bildung und Lesen übrig gehabt, jetzt wird nichts mehr verlangt, im Gegenteil, das Wissen öffentlich verurteilt.

Die Eltern erleben das mit. Man kann dem Kind nicht verbieten, was alle Kinder tun, kann ihm die Uniform nicht verweigern, die die anderen haben. Man kann es auch nicht verbieten, das wäre gefährlich.

Die Kinder und Jugendlichen verlangen nach der Anleitung der HJ dann von ihren Eltern, daß sie gute Nazis sind, daß sie Marxismus, Reaktion und den Umgang mit Juden aufgeben.

Die Enttäuschung ist da, aber politischer Terror, vor allem die Angst, wirtschaftlich ausgeschliffen zu werden, wenn man nicht mitmacht, Unkenntnis und Begeisterung der Jugend in jedem Haus verhängende Urteils- und Gruppenbildung, verhindern, daß sich aus dem Murren ein Bild politischer Zukunft gestaltet.

So muß man die Unzufriedenheit der Bauern und Handwerker ansehen.

Die Kirchen

Man spricht viel von der evangelischen und katholischen Opposition. Die evangelische Opposition ist noch kein Kampf gegen das Dritte Reich, nur ein Kampf um Freiheit in der Kirche. Sie geht so weit, daß Pfarrer das verbotene evangelische Jugendwerk illegal weiterführen und Studenten weiter mit den Jugendlichen, die sie schon im Jugendwerk betreut haben, wandern, obwohl es verboten ist. (Das Lagern nämlich ist staatsgefährlich.) Dabei gehören sie gleichzeitig der SA an und machen dort auch die Schulungs- (Beförderungs-)lager mit. Sie opponieren in ihrem Bereich, aber nicht gegen das System.

Bei den Katholiken reicht der bewußt gegen das System gerichtete Wille von den kirchlichen Führern weit nach unten. Aber auch sie müssen mitmachen und ihre Jugend selbst erschwert den Kampf an der entscheidenden Stelle, den Kampf um die Jugendorganisationen.

Das besitzende Bürgertum

Wieder anders ist die Haltung des besitzenden Bürgertums, den höheren Angestellten der Wirtschaft und auch mancher Mitglieder der freien Berufe, mancher Intellektuellen. Besonders die ersten beiden Gruppen sehen das Wirtschaftsleben, nicht nur einen Teillausschnitt, sondern sie übersehen das Ganze. Sie haben Fühlung mit dem Ausland und genug wirtschaftliche Kenntnisse, um auch die Ursachen des Devisenschwundes und der Finanzkalamität zu kennen. Sie haben ein Heim, das erlaubt, auch im größeren Kreise zu diskutieren. Hinzu kommt, daß man das Pöbelhafte der Partei sieht und haßt, und daß man die Gefahr eines Umschlages — dort sagt man in den Bolschewismus, richtiger wäre in das vollendete Chaos — fürchtet. Auf derselben Linie geht der Kampf der Reichswehr gegen Röhm. Man hat allerlei Pläne, und wie immer beim deutschen Bürgertum sind sie weder geschickt noch fortschrittlich: Man liebt den „autoritären Staat“ und die Hitlersche „Volksgemeinschaft“. Hitler Reichspräsident, Göring, als Schützer des Kapitalismus Reichskanzler — das ist der eine Plan, Reichswehrdiktatur oder Monarchie der andere. Auf alle Fälle sollen Göbbels und Röhm und eine Reihe von Gauleitern, die Rowdies und „Kommunisten“ ausgeschliffen werden. Die Nazis und diese Unterführer kennen diese Pläne, daher ihr Kampf gegen die Reaktion.

Die Arbeiter

Schwer durchschaubar ist die Auffassung der Arbeiter. Sie leben in der „Volksgemeinschaft“ mehr abseits als je, keine Organisation, kein Blatt spricht für sie und von ihnen. In jedem Betrieb sind 20 bis 25 Prozent „alte Kämpfer“ eingestellt, so gibt es keine Gemeinschaft im Betrieb. Tief erschüttert sah ich auf einer Bank auf dem Markt einer Industriestadt fünf Arbeiter sitzen, wahrscheinlich arbeitslos: ein Generalanzeiger ging von Hand zu Hand, aber alle schwiegen. Die Gehirne sind isoliert und Isolierung macht den Arbeiter kraftlos. Sicher hat der Arbeiterschaft die Arbeitsbeschaffung Eindruck gemacht, ist doch in jeder Familie einer, der wieder arbeiten geht. Selbstverständlich: ein Teil sieht, daß das auf Kosten des Lohnniveaus geht, bei

Der neue Moses



Hermann Görings neun Gebote wurden an allen Berliner Litfaß-Säulen plakatiert

nur als einzelne an ihrem wirtschaftlichen Platz, niemand gibt ihnen ein Bild vom Ganzen, niemand sagt ihnen die Wahrheit über Deutschlands katastrophale außenpolitische, wirtschaftliche und finanzielle Lage und noch weniger von der Schuld des Nationalsozialismus. So kommt zwar Ernüchterung, so wird zwar geschimpft, daß nichts besser geworden ist, geschimpft auf den Gauleiter, mit dem man zu tun hat, auf die Bonzen, die einen gerade im herrlichsten Auto über den Weg fahren — denn über das, was die Zeitungen nicht berichten, weiß man im begrenzten lokalen Gebiet einiges. So wird geschimpft auf den Minister, der einem gerade wehe tut, auf Darr-

men, das Lagerleben, daß Schule und Elternhaus hinter der jugendlichen Gemeinschaft zurücktreten, all das ist herrlich. Große Zeit ohne Gefahr. Viele glauben, daß ihnen durch Juden- und Marxistenverfolgungen wirtschaftliche Wege geöffnet sind, je mehr sie sich begehren, um so leichter sind die Examen, um so eher gibt es eine Stellung, einen Arbeitsplatz. Die bürgerliche Jugend lebt in der HJ und in der SA zum ersten Male mit dem Staat. Auch junge Arbeiter machen mit: „Vielleicht kommt doch eines Tages der Sozialismus, man versucht ihn eben auf eine neue Art, die anderen haben ihn bestimmt nicht gebracht, Volksgemeinschaft ist doch besser als unterste Klasse sein“, so etwa

Michael, zweiter Band

Ein neuer Roman von Josef Göbbels

Göbbels, der Reichspropagandaminister, hat angeblich Tagebuchblätter vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933 veröffentlicht. Titel: „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“. Der Titel weist auf eine der interessantesten und schmerzhaftesten Phasen der deutschen Geschichte hin, die notwendig der historischen Durchleuchtung bedarf. Wer glaubt, daß das Buch dafür eine wichtige Quelle sein werde, wird schwer enttäuscht sein. Es ist das Buch eines Propagandisten, der für sich selbst Propaganda machen will und sich dabei ungewollt so zeichnet, wie er ist — nicht wie er gesehen werden möchte.

In diesem Zeitraum von 16 Monaten gibt es mehrere wichtige Punkte. Erster Präsidentschaftswahlkampf. Am 22. Februar proklamiert Göbbels Hitler als Präsidentschaftskandidat. Tagebuch von Göbbels „Der Führer gibt mir die Erlaubnis, am Abend im Sportpalast vorzuprellen.“ Also hat Göbbels Hitler nicht vor vollendete Tatsachen gestellt? Der Historiker wird sagen: nachträgliche, einseitige, zugunsten Hitlers gefärbte Behauptung, die stärksten Zweifel bezeugen muß.

Von seinen weiteren Darstellungen einige Zitate über den Sturz von Brüning und Schleicher:

14. April (SA-Verbot). „Das ist Gröners Geschloß. Vielleicht aber wird er darüber zu Fall gebracht. Uns wird mitgeteilt, daß Schleicher seinen Kurs nicht billigt. Anruf einer bekannten Dame, die mit General Schleicher befreundet ist. Der General will zurücktreten.“

26. April. „Graf Helldorf war bei Schleicher. Der will eine Kursänderung vollziehen.“

8. Mai. „Am Sonnabend kommen die Sendboten und berichten, was los ist. Der Führer hat eine entscheidende Unterredung mit General Schleicher; einige Herren aus der nächsten Umgebung des Reichspräsidenten sind dabei. Alles geht gut. Der Führer hat überzeugend zu ihnen geredet. Brüning soll in den nächsten Tagen schon fallen. Der Reichspräsident wird ihm sein Vertrauen entziehen. Wenn gelingt, dann haben unsere Unterhändler, an ihrer Spitze Stabschef Röhm, ein Meisterstück gemacht.“

13. Mai. „Wir bekommen Nachricht von General Schleicher. Die Krise geht programmgemäß weiter. Der Reichspräsident ist nach Neudeck abgereist.“

18. Mai. „Die geheime Aktion gegen ihn geht unentwegt weiter. Er ist bereits vollkommen isoliert. Unsere Wühlmäuse sind bei der Arbeit, die Brünings Position vollkommen zernagen.“

19. Mai. „Sendboten von General Schleicher: man ist schon dabei, die Ministerliste aufzustellen.“

Im gleichen Stile wird Schleichers Sturz abgehandelt:

24. Januar: „Schleichers Stellung ist jetzt stark gefährdet. Er scheint im Augenblick noch nichts zu ahnen. Sein Sturz wird über Nacht kommen. Nun fällt er, wie er so manchen anderen zu Fall gebracht hat.“

Kopfschüttelnd fragt sich der historische interessierte Leser: wo bleiben die Probleme der deutschen Politik? Er liest von einer rasenden Wahl- und Propagandamaschine, die ebenso Selbstzweck zu sein

scheint wie die erstrebte Macht, er findet einen wüsten Kriminalroman von Intrigen, Wühlmäusen, Sendboten, Damen, Kamarilla, er ahnt dahinter einen Reichspräsidenten, der von Claque bald hierhin, bald dorthin geschoben wird und er fragt sich schließlich: worum in aller Welt ging es denn? Ebenso fragt er: wie kamen denn diese Leute an die Macht? Er erhält weder auf die eine noch auf die andere Frage eine Antwort, er kann sie nur ahnen!

Die Macht hat ihnen eine feudale Clique um den Reichspräsidenten unter Duldung der Reichswehr gegeben. Nicht Göbbels und seine Propaganda, so sehr sich das Buch auch um diesen Beweis bemüht! Am 24. April schreibt Göbbels: „Wir müssen in absehbarer Zeit an die Macht kommen. Sonst slegen wir uns in Wahlen tot.“ Der Reichspressechef der NSDAP Dietrich hat in seinen Enthüllungen über Hitlers Pakt mit der Schwerindustrie den Weg dieser Leute zur Macht schon deutlicher gezeigt! Die Motive der korrupten feudalen Clique um Hindenburg sind nie zweifelhaft gewesen. Göbbels schweigt über diese Dinge wie ein Grab. Sie liegen ihm auch nicht und deshalb muß der liebe Gott ausbelfen: „Gottes Hand, sie hat den Führer und seine Bewegung sichtbarlich geleitet.“ Das ganze Buch ist eine Enthüllung dafür, daß dieser Mann mit sachlicher Politik nichts zu tun hat, daß es ihm nur auf die Befriedigung eines krankhaften Ehrgeizes ankommt. Die Macht als Ueberkompensation körperlicher Minderwertigkeit. Es ist die Demaskierung von Josef Göbbels durch ihn selbst.

Göbbels Reden und seine Propaganda sind eine einzige Bestätigung des Satzes: „Besonders dort, wo körperliche Minderwertigkeit und soziale Benachteiligung zusammentreffen, kann ein aktivistischer Typus entstehen, der in der Unermüdblichkeit seines revolutionär-aggressiven Tobens gegen alles Höherwertige oder doch Höherbewertete alle anderen weit übertrifft.“ Seine literarischen Erzeugnisse sind noch enttäuschender. Es muß sich selbst beweisen, daß ohne ihn Adolf Hitler nie Reichskanzler geworden wäre. Er streut Hitler geradezu widerlich Weifhrauch — aber immer mit dem Nachsatz: ich bin es eigentlich gewesen. (Früher hat er einmal gesagt, er sei der Kopf der Bewegung, und Hitler ihr A . . .) Diese Eitelkeit sieht aus jeder Zeile hervor. Er lobt sich, daß seine Erzeugnisse „wahre Leckerbissen“, an anderer Stelle „Kabinettsstücke politischer Propaganda“ werden sollen. Das alles wird vorgetragen in einem Stil, der an die Übungen von Junglingen in der Pubertätszeit erinnert. In der Tat wirkt das Buch des Propagandaministers wie der Pubertätsroman des Studenten Göbbels „Michael“. Zwar tobt nicht mehr „ein Vollblutheerst unter seinen Schenkeln“, dafür erzählt er: „Pläne geschmiedet. Pistolenschießen geübt“, und die Telefone „sind heiß von Ferngesprächen.“ Die kleinen Mädchen, sie lesen es mit ebenso

heißen Backen. Für sie ist die Anhimelung Hitlers bestimmt: „Der Führer erzählt lang aus seinen Kriegsjahren. Dann ist er ganz groß und hinreißend. Als er geht, herrscht unter uns wenigen eine fast feierliche Stimmung.“ Es ist der Roman Michael, zweiter Band. Ohne Format, eine Sammlung von schlimmsten Plattheiten, eine Angelegenheit nicht für den Historiker, sondern für den Psychopathologen. Aus jeder Zeile sieht der Klumpfuß hervor, — sei es, daß er sich selber beweihräuchert („Wir haben die besten Redder Welt“ — „Es brennen nur wenige Flammen in Deutschland“), sei es, daß er in boshafter nachträglich erfundener Konstruktion Gift gegen Gregor Strasser verspritzt, den er nicht nur aus Ehrgeiz haßt, sondern dem er auch die robuste Körperlichkeit neidet.

Die einzelnen Angaben des Buches haben keinen größeren historischen Quellenwert als die des Romans Michael. Der Herr Reichspropagandaminister muß divinitorisch begabt sein: manchmal hat er bei seinen Tagebucheinträgen schon gewußt, was Monate später sein würde!
Max Klinger.

Konzentrationslager-Schau

Im neuen Deutschland wimmelt es gegenwärtig von braunen Messen. Auch die Stadt Oranienburg hält jetzt ihre Messe ab. Das wäre aber noch nicht weiter bedeutungsvoll, wenn man diese Gelegenheit nicht benützt hätte, die erste Konzentrationslager-Schau damit zu verbinden. Eine Schau, die das Verlogenste darstellt, das man sich überhaupt denken kann. Oranienburg liegt durch die Enthüllung Gerhart Segers den Erneuerern besonders schwer im Magen. Nachdem sie mit ihrer Sanatoriumsbeschreibung über das Lager in der ganzen Welt nur einen Lächerlichkeitserfolg ernteten, probieren sie es nun mit einer „Schau“. Was man da schaut, sind natürlich nicht die Gummiknäuel und Märterwerkzeuge, mit denen die Häftlinge täglich geprügelt werden, sondern ein geradezu rührendes Verhältnis zwischen Gefangenen und den Wachmannschaften. Hugenbergs „Tag“ schreibt darüber:

„Den Hauptziehungspunkt der Messe bildet die Konzentrationslager-Schau“. In eindringlicher Weise wird dem Beschauer klar gemacht, wie unwarhaft und verlogen die ausgestreuten Berichte über die Behandlung der Lagerinsassen sind. Reizende Holzarbeiten der Lagerinsassen als Geschenke für die Wachmannschaften und andere Gegenstände sind ausgestellt. Unter anderem sieht man auch eine Sammlung von Waffenfunden. Wie gegenständig und notwendig die Schaffung und Unterhaltung der Konzentrationslager war, zeigt ein Bild der Schlafräume und der Großküche, die täglich 1758 Liter Essen verabreicht. Viel andere Gegenstände aus dem Lager ergänzen die Schau.“

Die Bilder, die Seger in seinem Buch „Oranienburg“ von der braunen Hölle entwirft, fehlen allerdings. Vielleicht aus Vergeßlichkeit!

niker von 79 auf 52 verringert hat. In Hunderten von Fällen hat sich herausgestellt, daß die Hinausgeworfenen Frontkämpfer waren oder aus anderen Gründen nicht entlassen werden können. In dem Eifer, lästige Konkurrenten loszuwerden, war man weit über die an sich schon niederträchtigen Bestimmungen des sogenannten Gesetzes hinausgegangen.

Noch grotesker liegen die Dinge in den Fällen, in denen wegen sogenannter kommunikativer Betätigung Ausschluß von der kassenärztlichen Tätigkeit verfügt worden ist. Hier sind bei den Aerzten von 338 Fällen der ersten Instanz 91 in der letzten übrig geblieben, bei den Zahnärzten ist das Verhältnis 37 zu 16, bei den Zahnärzten 13 zu 3. Bei 231 beschuldigten Aerzten, 19 Zahnärzten und 10 Zahnärzten hat der Reichsarbeitsminister festgestellt, daß kommunistische Betätigung nicht erwiesen ist.

Zu den angegebenen Zahlen bemerkt Dr. Karstedt:

„Die Zahl der wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei oder ihren Nebenorganisationen ausgeschlossenen Personen ist verhältnismäßig gering. Bedeutend größer ist die Zahl derjenigen, die ohne daß sie organisationsmäßig an eine eindeutig kommunistische Organisation gebunden waren, durch ihre Mitgliedschaft oder Tätigkeit in Vereinen . . . dem Kommunismus Vorschub geleistet hatten, und demgemäß in zahlreichen Fällen mit ihrer Beschwerde abgelehnt werden mußten. Wo Aerzte durch kultur- bolschewistische Betätigung eine staats- und volksfeindliche Einstellung zu erkennen gegeben hatten, hat die letzte Instanz den Tatbestand der Betätigung im kommunistischen Sinne als erfüllt auch dann angesehen, wenn die Betreffenden im übrigen politisch dem Kommunismus fernstanden.“

Das Reichsarbeitsministerium hat also den Ausschuß von Personen gebilligt, die politisch dem Kommunismus fernstanden. Es hat schon „kultur bolschewistische Betätigung“ als ausreichend für den Ausschluß angesehen. Trotzdem hat es den Ausschluß wegen kommunistischer Betätigung in 260 von 388 Fällen aufgehoben! In all diesen Fällen handelt es sich also ganz offenbar um unlautere Manöver niederrächtiger Denunzianten, die auf diese Weise unbequeme Konkurrenten loswerden wollten. Das hat die Gestattung des Dritten Reiches aus dem deutschen Arztstand gemacht!

Frauen in die Kaserne!

Aus Frankfurt a. M. wird uns berichtet: Das städtische Wohlfahrtsamt in Frankfurt hat eine neue Verfügung herausgebracht. Alle allein stehenden Frauen und Mädchen bis zu 45 Jahren, die Unterstützung erhalten, sollen in „Heimen“ untergebracht werden. Gegen diese geplante Kasernierung rebellieren die Frauen offen. Sie demonstrieren vor den Meldestellen des Wohlfahrts- und Arbeitsamtes und erklären, unter keinen Umständen in ein Heim gehen zu wollen. Man kann jederzeit an diesen Stempelstellen Aussprüche hören, wie: „Lieber stehlen wir und gehen dafür ins Zuchthaus, denn wissen wir, weshalb man uns inkaserniert hat“, oder: „Wir gehen lieber auf den Strich und verzichten auf die Unterstützung. Dann werden wir wenigstens nicht inkaserniert!“

nicht so philosophisch, sondern abwartend, sprungbereit, warnendes Abbild eines ganzen Volkes. Wenn das plötzlich zu reden anfängt, wenn das laut kund gibt, was es erlebt und erlitten — einer solchen Sturzflut halten keine Bajonette stand.

Ich kürzte meinen Besuch ab. Das Land war mir zu verzaubert. Als ich aus dem Hause schritt, begegnete mir ein unscheinbares, blaues Männchen, blieb stehen, mästerte mich stumm und mißtrauisch. Ich setzte den Koffer ab, als sei er mir zu schwer und faßte den Anderen ins Auge. Da entwich er, aber in dem dünnen Blick, den er mir unsicher um die Ecke zuwarf, war zu lesen: Sie sind der Besuch aus dem zweiten Stock; Sie heißen Rother und kommen aus dem Ausland; wir wissen alles . . .

Dieser Kleine gilt als Einsamster des Hauses, ihm blüht eine hehre Aufgabe: er hat die Hausbewohner gut zu beobachten und alles Verdächtige an seinen Vorgesetzten, den Blockwart des Straßenzuges, unverzüglich weiter zu geben. Kein Mensch im Hause spricht mit ihm. Er ist geächtet und verlassen und fürchtet sich vor der Zukunft zu Dreck.

Das Volk hat nichts zu lachen

Ein Berliner Kabarettist hat im Frühjahr 1933 prophezeit: „Wenn erst die jüdischen Conferenciers nicht mehr da sein werden, werden die Berliner nichts mehr zu lachen haben!“ Er hat so recht behalten, daß er bald darauf Selbstmord begangen hat. Und wenn noch in den ersten Wochen des Dritten Reiches Trude Rosterberg im Berliner Kabarett der Komiker Germania gerüstet und gewappnet auftrat und singen konnte, sich weiß nicht, was

soll es bedeuten“, so ist es inzwischen allen nur zu klar geworden, was es zu bedeuten hat: die braunen Gewalthaber verstehen keinen Spaß. Wie teuer es zu stehen kommt, es dennoch mit einem Spaß zu versuchen, hat ja erst kürzlich der Redakteur der „Grünen Post“ bitter genug erfahren müssen. Wahrscheinlich darf auch der Münchener Komiker Valentin sich nicht mehr trauen, auf der Bühne zu murmeln: „Ich sage gar nichts — das wird man wohl noch sagen dürfen!“ Nein, auch das darf man nicht mehr sagen. Die braunen Herren sind empfindlich, und wenn es auf ihre Kosten geht, bekommen sie zarte Nerven und dann tun ihnen sogar Karikaturen weh, die in Prag ausgestellt werden. Sie verstehen keinen Spaß, das befreiende Lachen ist verpönt im Dritten Reich; mit tierischem Ernst arbeiten sie daran, Deutschland in eine einzige Kaserne zu verwandeln, in der niemand mehr etwas zu lachen hat.

Um so dankbarer nimmt man drüben die leistungsfähigste Anspielung auf, um doch einmal lachen zu können. Und wie bescheiden man dabei in seinen Ansprüchen geworden ist, zeigt eine kleine Episode, die aus Dresden berichtet wird. Dort gastiert im Alberttheater eine Schauspieltruppe, die sich „Die vier Nachrichten“ nennt. Es hat sich herangesprochen, daß ihre Witze leise an die heutigen Zustände rühren und ihre Vorstellungen sind deshalb sehr gut besucht; besonders auffällig ist dabei, daß man im Zuschauerraum mehr Reichswehrangehörige als sonst jemals in einem Theater sieht. Die „Vier Nachrichten“ treten als alte Griechen auf, haben jedoch Telefon, Radio und dergleichen. In einer Szene sagt Diogenes: „Ich gehe jetzt in meine Tonne und

schalte mir die Stunde der Nation ein.“ Darauf antwortet ihm ein anderer: „Ja, ich bin auch müde, ich gehe auch schlafen!“

Dieser bescheidene Witz ruft jedesmal stürmischen und anhaltenden Beifall hervor. So für eine Kleinigkeit dankbar ist das deutsche Publikum geworden, daß eine solche Bemerkung schon als herzhafter Kritik aufgenommen wird. Und wenn nächsten ein Kabarettist sagen wird: „Meine Großmutter gehört mir, mit der kann ich machen, was ich will“, so wird man sich in Deutschland über diesen alten Kalauer schief lachen, weil man ihn verstehen wird als satirische Anspielung auf das Regime, unter dem alles und jeder zu allem kommandiert wird und niemand mehr tun und lassen kann, was er will.

Hitler — der himmlische Bräutigam

Der Nationalsozialismus ist eine Lehre der ständigen Exaltation. Wer nationalsozialistische Versammlungen besucht hat, weiß, daß im Kreise der Gläubigen nichts so schwächlich wirkt, wie sachliche vernunftvolle Argumentation. Das Rednerische ist alles, und je mehr es aufhört, Mittel zum Zweck der Verständigung zu sein, je mehr der Verstand ausgeschaltet ist, desto stürmischer gehen die Hörer mit, berauscht, hingerissen. Schweiß auf der Stirn und die Lichter des seelischen Rauschs in den Augen.

Wer hat nicht erlebt, daß in der vergifteten Atmosphäre der nationalsozialistischen Propaganda Freunde plötzlich zu schurkischen Verrätern wurden, daß Frauen ihre Männer an die Henker veräußerten, wer erinnert sich nicht der „freundlichen Nachbarn“, die plötzlich alle

Menschlichkeit vergaßen und tausend Pfeile menschlicher Niedertracht nach dem Marxisten oder Juden schossen, dessen Freundschaft sie früher suchten. Diese Veränderung führt entweder zur absoluten Gemeinheit bei den Zynikern, oder zur geistigen Umnachtung bei den labilen Schwärmern. So ist eine neue Spielart des religiösen Wahnsinns, der Hitlerwahn, entstanden.

In Neunkirchen im Saargebiet mußte dieser Tage eine Frau in eine Irrenanstalt überführt werden, weil sie auf der Straße fliegende „Heilsversammlungen“ arrangierte, in denen sie, wortwörtlich Hakenkreuze schlagend, erzählte, daß Hitler ihr Bräutigam sei, der sie demnächst in feierlichem Zuge nach Berlin holen werde. Ihre Spargroschen benutzte sie dazu, um unzählige Handzettel drucken zu lassen, auf denen zu lesen war: „Die Braut Adolf Hitlers spricht . . .“

In München und Magdeburg haben sich ähnliche Fälle von Hitlerwahn ereignet. In Berlin trat eine Besessene auf, die, mit einem riesigen Hitlerbild auf der Brust, die Behauptung aufstellte, Adolf Hitlers leibhaftige Tochter zu sein. —

Sagt das alles nicht genug? Der Hitlerfaschismus ist eine Gelsteskrankheit, an der noch heute, da der Gesundheitsprozeß bereits im Gange ist, Millionen leiden. Ueber kurz oder lang aber werden die Genesenen begreifen, daß die Krankheitserreger nicht wie sie dem Massenwahn verfallene Opfer, sondern durchaus gesunde Halunken gewesen sind! Es wird keine angenehme Auseinandersetzung für die Führer in den Irrsinn werden!

Pierre.

Ende der Transferkonferenz

Fortdauer der Krise

Nach wochenlangen Verhandlungen ist die Transferkonferenz in Berlin am 30. Mai zu Ende gegangen. Eine Verständigung mit den Gläubigern ist nicht erzielt worden, die Verhandlungen haben vielmehr mit einem Vorschlag der Reichsbank geendet, von dem eigentlich nur das eine gewiß ist, daß er in der vorliegenden Form nicht durchgeführt und der Versuch der Durchführung mit Gegenmaßnahmen beantwortet werden wird.

Wir hatten schon darauf hingewiesen, daß auf dieser Konferenz auf der einen Seite die deutsche Regierung, auf der anderen Seite aber die ausländischen Privatgläubiger standen, von denen nur die Schweizer und Holländer in engerem Einvernehmen mit ihren Regierungen handeln konnten. Die englische, französische und schwedische Regierung hatten nur auf diplomatischem Wege der deutschen Regierung erklärt, daß sie eine Einstellung der Zinszahlungen auf die Dawes-, Young- und Kreuger-Anleihen nicht zulassen könnten. Infolgedessen wurde auf die Regelung dieser Reichsanleihen von vornherein verzichtet. Diese wichtige Frage bleibt also offen und wird in der nächsten Zeit zunächst mit den amerikanischen Treuhändern der Young- und Dawes-Anleihen und mit den schwedischen Gläubigern der Kreuger-Anleihe verhandelt werden müssen und es ist kein Zweifel, daß diese dabei die stärkste Unterstützung der englischen, amerikanischen, französischen und schwedischen Regierung finden werden.

Für die Regelung der sodann übrig gebliebenen privaten Schulden macht die Reichsbank den Vorschlag:

für sechs Monate alle Zahlungen einzustellen.

Für das darauf folgende Jahr könnten die Gläubiger, wenn sie nicht etwa ihre Zinsenscheine in Erwartung irgend einer anderen Regelung behalten wollen, entweder den Betrag dieser Zinsenscheine umtauschen in eine zehnjährige, vom Reich garantierte Valuta-Anleihe, die mit 3 Prozent verzinst und mit 3 Prozent jährlich getilgt werden soll, oder aber sie können die Zinsenscheine oder auch die dafür in Zahlung genommenen Anleihestücke mit 40 Prozent des Nominalbetrages an die Reichsbank verkaufen. Jedoch die Reichsbank hat sich das Recht vorbehalten, dieses Angebot auf Barrückkauf mit dreißigtägiger Kündigungsfrist jederzeit zurückzuziehen. Es hängt also völlig in der Luft. Während nach der bisherigen Regelung die schweizerischen und holländischen Gläubiger voll und die übrigen mit 7 Prozent ihrer Forderungen befriedigt wurden, würden jetzt die Gläubiger nach dem zweiten Vorschlag nur mit 40 Prozent und das noch mit der Gefahr des jederzeitigen Widerrufs befriedigt werden, oder aber statt der Barauszahlung deutsche Anleihestücke in Kauf nehmen müssen, deren Tilgung und Verzinsung zwar von Transferbeschränkungen ausgenommen sein sollen, deren Schicksal aber angesichts der verzweifelten Wirtschaftslage Deutschlands recht unsicher bleibt.

Von den Gläubigern haben nun die Holländer und Schweizer das Angebot abgelehnt. Sie bestehen mit großem Nachdruck darauf, daß die bisherige Regelung, d. h. die volle Befriedigung ihrer Forderungen, bestehen bleibe und sie fordern im Einvernehmen mit ihren Regierungen die sofortige Aufnahme von Sonderverhandlungen, damit bis zum 1. Juli, an dem die bisherige Regelung abläuft, eine neue Vereinbarung getroffen sei. Ihr Verlangen wird von der gesamten Presse beider Länder aufs Nachdrücklichste unterstützt. Begründet wird es mit der starken Aktivität der deutschen Handelsbilanz diesen beiden Ländern gegenüber und im Hintergrund steht

die Drohung mit der Einführung des Zwangsclearings.

der Beschlagnahme der Ueberschüsse aus dem Handelsverkehr zur Bezahlung der Gläubiger.

Aber da erhebt sich eine andere Schwierigkeit. Die britische, französische und schwedische Delegation haben sich zwar bereit gefunden, die Annahme des Angebots der Reichsbank ihren Auftraggebern zu empfehlen, aber unter dem Vorbehalt, daß erstens den Erfordernissen ihrer Regierungen bezüglich des Dienstes der Reichsanleihen entsprochen wird; zweitens behalten sie sich, falls Staatsangehörige eines Landes vor anderen bevorzugt werden, für sich selbst und ihre Regierungen völlige Handlungsfreiheit vor. Ebenso lehnen die amerikanischen Delegierten jedes Sonderabkommen und jede Bevorzugung der Gläubiger irgendeines Landes auf das Entschiedenste ab.

Unter diesen Umständen bleibt das Schicksal der künftigen Regelung trotz der wochenlangen Verhandlungen völlig im Unge wissen, denn es ist wenig wahrscheinlich, daß die Schweizer und Holländer sich auf wesentliche Zugeständnisse einlassen werden. Der Ausfall der deutschen Zahlungen bedeutet ja für diese Länder eine während der Krise besonders fühlbare Verminderung ihrer Kaufkraft, und dazu eine Erschütterung ihres Banksystems, eine Verwirrung ihrer Zahlungsbilanz, die unter Umständen bedenkliche Folgen haben könnte. Dazu kommt die wachsende Erkenntnis, daß bei der Fortdauer der nationalsozialistischen Bankrotteurpolitik Konzessionen jeden Sinn verlieren, weil eine dauernde Besserung doch nicht zu sehen ist. Die Macht des Schuldners findet eben da ihre Grenze, wo die Einsicht des Gläubigers beginnt, daß der Schuldner die ihm gewährten Erleichterungen nur zur Fortsetzung seines bisherigen Verhaltens benützt, das zur Zahlungsfähigkeit geführt hat. Alle Konzessionen, die den Holländern und Schweizern gemacht werden, müssen dann aber entweder auf die übrigen Gläubiger ausgedehnt werden oder diese werden dann ebenfalls zu Gegenmaßnahmen greifen.

Herr Schacht ist also heute so weit, wie er zu Beginn der Konferenz gewesen ist und die nächsten Wochen werden den Konflikt zwischen Deutschland und seinen Gläubi-

gern zur vollen Entwicklung bringen.

Trotzdem bleibt es nicht uninteressant zu sehen, wie die von der Reichsbank vorgeschlagene Lösung auf die deutsche Zahlungsbilanz wirken würde. Unberührt von der Regelung bleiben die nach wie vor zu transferierenden Zinsen auf die (kurzfristigen) Stillhaltguthaben von etwa 100 Millionen jährlich. 120 Millionen erfordert die Verzinsung der Reichsanleihen und der besonders garantierten Kall-Anleihe. Ob Schacht es wagen wird, diese Verzinsung einzustellen, steht trotz der Ankündigung in der deutschen Presse noch dahin. Die Verzinsung der übrigen Anleihen erfordert jährlich etwa 480 Millionen Mark. Das völlige Moratorium für das nächste halbe Jahr würde eine Ersparnis von noch nicht 240 Millionen ausmachen. Diese Summe würde kaum ausreichen, um das Defizit in der Handelsbilanz zu decken, geschweige denn Ueberschüsse zu liefern, um die dringend notwendige Verstärkung des Goldschatzes der Reichsbank zu ermöglichen. Daher die Versuche,

die Einfuhr immer stärker zu drosseln.

Die Zuteilung der Devisen für die Wareneinfuhr ist für den Juni auf 10 Prozent herabgesetzt worden, nachdem sie noch im Februar 1934 fünfzig Prozent betragen hatte. Innerhalb von fünf Monaten ist also eine Kürzung auf ein Fünftel erfolgt! Zugleich wird aber — und dies ist entscheidend — ein Unterschied zwischen lebenswichtigen und anderen Waren vorgenommen. Für die Einfuhr von Wolle, Baumwolle, Bastfasern, Häuten, Feilen und unedlen Metallen sind bereits besondere Ueberwachungsstellen eingerichtet worden. Diese Einfuhren werden in Zukunft nicht mehr im Rahmen der allgemeinen Devisengenehmigung bezahlt werden, sondern nur auf Grund von besonderen Anordnungen, die von den Ueberwachungsstellen in Verbindung mit den Devisenstellen getroffen werden. Dies wieder bedeutet dreierlei: einmal, daß die Einfuhr aller für die Kriegsrüstung notwendigen Rohmaterialien fortgesetzt werden kann auf Kosten der Einfuhr anderer, „weniger lebenswichtiger“ Waren wie Südrüchte, Tabak, Kaffee usw.; zweitens, daß die Devisennot zugleich zu rein schütz-zöllnerischen Maßnahmen ausgenutzt wird, z. B. zu der eben erlassenen Beschränkung der Einfuhr von Oelkuchen und Oelisaaten; drittens, daß dieser sich immer mehr einem Außenhandelsmonopol nähernde Zustand — die von den Ueberwachungsstellen erlassenen Rohstoffe machen bereits weit mehr als die Hälfte der deutschen Rohstoffeinfuhr und etwa ein Drittel der gesamten Einfuhr aus — es erlaubt, handelspolitische Erpressungen auf die Rohstofflieferanten auszuüben, um sie zur Aufnahme deutscher Waren zu zwingen und auf diese Weise den Export zu steigern, eine Maßnahme, die allerdings bei der geringen Kaufkraft dieser Länder und bei den Gegenmaßnahmen, die die bisherigen Lieferanten gegen die Verdrängung

seiner Produkte ergreifen würden, wenig Aussicht auf Erfolg verspricht.

Ebenso wenig Erfolg verspricht die jetzt zu propagandistischen Zwecken so stark in den Vordergrund gerückte Drohung, Deutschland werde an Stelle auswärtiger Rohstoffe in immer stärkerem Maße

zu Ersatzstoffen greifen.

Es ist an sich kein Zweifel, daß die moderne Chemie imstande ist, heute künstlichen Kautschuk herzustellen, Wolle und Baumwolle durch chemisch erzeugte Fasern zu ersetzen. Die braven deutschen Wissenschaftler preisen in den letzten Wochen plötzlich all diese Ersatzmöglichkeiten in den höchsten Tönen. Leider erfährt man von ihnen nichts über die Kosten. Aber da hat kürzlich die Generalversammlung der Meyer-Kaufmann Textilwerke stattgefunden, in der der Vorsitzende mitteilte, daß der Preis für den Ersatzstoff zwei- bis viermal so hoch wie der von Baumwolle sei; zudem müßten erst große Investitionen gemacht werden, um die Produktion solcher Fasern in halbwegs ausreichenden Mengen ermöglichen zu können. Wenn aber die deutsche Wirtschaft unter nationalsozialistischem Regime immer mehr nach der Devise: „teuer und schlecht“ umgestellt wird, was wird dann aus der Lebenshaltung der breiten Massen, was wird aus der Steigerung des Exports? Die krampfartigen Bemühungen der Hitlerdiktatur zerren Deutschlands Wirtschaft immer tiefer in den Abgrund.

Dr. Richard Klingner.

Herr Göbbels erlaubt Kritik!

In hochtönenden Worten hat Herr Göbbels von den deutschen Schriftleitern eine lebendigere Sprache der geknebelten deutschen Presse, eine Kritik an den Vorgängen des Tages gefordert. Als Ehm Welk in der „Grünen Post“ auf die Worte des Propagandaministers bauend, es als Erster wagte, Kritik zu üben, flog er ins Konzentrationslager. Nun hat ein Kollege von ihm eine Kritik mit dem Verlust der Existenz bezahlen müssen, und sein Blatt wurde gezwungen, sich vor aller Öffentlichkeit ein paar saftige Ohrfeigen ins eigene Gesicht zu hauen. Das Berliner „5-Uhr-Abendblatt“ veröffentlichte folgende Erklärung:

„In der Ausgabe vom 22. Mai 1934 unserer Zeitung wurde eine Kritik veröffentlicht, die die Aufführung der Oper „Carmen“ in der Berliner Staatsoper zum Gegenstand der Besprechung hatte.

In Ton und Inhalt entspricht diese Kritik in keiner Weise den hohen Anforderungen, die man bei einer Besprechung einer Aufführung der Berliner Staatsoper stellen muß. Diese Kritik läßt jeden sachlichen und künstlerischen Ernst vermissen. Wir lehnen sie deshalb ab und verurteilen sie auf das Schärfste.

Der Verfasser und verantwortliche Schriftleiter Erich Knauf ist mit sofortiger Wirkung seines Postens enthoben worden und aus der Schriftleitung ausgeschieden. Hauptschriftleitung und Verlag.“

So hat sich wohl noch keine Zeitung in der Welt erniedrigen müssen!

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: „Graphia“; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. K 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung K 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland K 2.— (K 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung: (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gold 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.50), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.90), Palästina P. Pl. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Sargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (0.96).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Post 46.149. Oesterreich: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Wien B-198-304. Polen: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

DAS PARISER TAGEBLATT

Chefredakteur: GEORG BERNHARD

bringt unter anderem

regelmässig

BERLINER BRIEF

mit unerhört interessantem Tatsachen-Material, trotz Zensur und Diktatur

Aussagen führender Politiker

aller Länder zu den europäischen Problemen

Beiträge hervorragender Dichter

und Gelehrter

speziell der aus Deutschland Verbannten

Demnächst

Interessantes Preis-Ausschreiben:

14 JAHRE REPUBLIK

Große Umfrage bei Gelehrten, Publizisten, Staatsmännern:

„Die Zukunft der Welt“

Neuer hochaktueller Roman von

BALDER OLDEN:

ROMAN EINES NAZI

Endlich die verschiedenen

Sonder-Gebiete

Die moderne Frau — Reise und Verkehr — Sport — Technik u. Wirtschaft

Probenummern gratis - Bestellungen beim „PARISER TAGEBLATT“ PARIS (8^e), 51, Rue Turbigo

Oranienburg

Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten

Von Gerhart Seger

Mitglied des Deutschen Reichstags der V., VI., VII. u. VIII. Wahlperiode

Mit einem Geleitwort von

Heinrich Mann

Die Schrift ist eine Anklage gegen das System der Gewalt, dem Zehntausende unschuldige Menschen in den Konzentrationslagern ausgesetzt sind. Der Verfasser läßt seinem Berichte die Eidesformel vor deutschen Gerichten vorangehen: „Ich schwöre, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde!“ Er hat das Manuskript als Strafanzeige gegen die vollen Namen angeführten SA-Verbrecher dem deutschen Reichsjustizminister, dem Oberreichsanwalt und dem Stabschef der SA gesandt. Die Antwort darauf war die sofortige Ueberführung der in Deutschland lebenden Frau mit dem neunzehn Monate alten Kindchen des Verfassers in das Konzentrationslager Roßlau.

Preis in: Belgien 10.50 Frs. / Bulgarien 48.— Lewa / Dänemark 2.10 Kr. / Frankreich 7.50 Frs. / Großbritannien —.110 Pfund Sterling / Jugoslawien 24.— Dinar / Niederlande 0.75 Gulden / Oesterreich 2.60 Schilling / Palästina —.100 P. Pfd. / Polen 2.60 Zloty / Rumänien 55.— Lei / Schweden 1.50 Kronen / Schweiz 1.55 Frs. / Tschechoslowakei 10.— K 50 / USA. —.50 Dollar.

Bestellungen durch jede Buchhandlung oder direkt an Verlagsanstalt „Graphia“ Karlsbad CSR.